

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten  
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4 St. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68  
Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzeile 50 Pf.

## Neues unerhörtes Unrecht an den Bauarbeitern

Für das Baugewerbe besteht ein Reichstarifvertrag, der im März 1931 abgeschlossen ist und bis 2. März 1933 Gültigkeit hat. Daneben bestehen für die einzelnen Bezirke bezirkliche Lohn- und Arbeitstarife mit der gleichen Gültigkeitsdauer. Die Löhne wurden bei Abschluß des Reichstarifvertrages zunächst für ein Jahr geregelt. Das Verfahren für die Lohnregelung im zweiten Vertragsjahr sollte im Januar 1932 durch die Zentralvertragsparteien festgesetzt werden. Das ist insofern geschehen, als es den bezirklichen Organisationen überlassen wurde, darüber zu befinden. Eine ganz unzulängliche Vereinbarung, aber die Unternehmer waren zu keiner andern zu bewegen.

Die bezirklichen Verhandlungen, mit denen es die Unternehmerzentralen anfangs furchtbar eilig hatten, sind nur zögernd in Fluß gekommen. Es haben nicht einmal in allen Bezirken solche stattgefunden. Die Vierte Notverordnung hatte die Laufzeit der vom 1. Januar an wesentlich gesenkten Löhne bis 30. April verlängert. Gegen den Willen der Unternehmer, die sich große Mühe gaben, den Ablauftermin für die Löhne im Baugewerbe auf den 31. März zurückzuverlegen. Sie haben damit kein Glück gehabt. Die Folge war, daß ihr Interesse an Verhandlungen stark zurückging.

Eine Zeitlang durfte man annehmen, daß infolge der Senkung der Löhne durch die Notverordnung eine für die Wirtschaft „erträgliche“ Basis erreicht und damit die Lohnabbauwelle zum Stehen gekommen sei. Das konnte man auch schließen aus den wiederholten Auslassungen des Reichsarbeitsministers. Mehrfach hat er auch öffentlich betont, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei. Man müsse von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei. Die Erfahrung hat gelehrt, wie gering diese Ministerworte zu bewerten sind. Später hieß es, daß zwar im allgemeinen die durch die Notverordnung festgesetzten Löhne die Grundlage für eine neue Lohnregelung darstellten, daß aber in bestimmten Berufen die Löhne noch zu hoch seien und deshalb eine Angleichung erfolgen müsse.

Wenn bestimmte Berufe besonders behandelt werden, dann ist immer 1000 gegen 1 zu wetten, daß das Baugewerbe dabei ist. Die baugewerblichen Arbeiter haben das so oft erfahren, daß sie darüber gar nicht mehr verwundert sind. Daß sie diese Sonderbehandlung als bitteres Unrecht emp-

finden, haben sie wiederholt eindeutig zum Ausdruck gebracht. Allein im Reichsarbeitsministerium, das sonst in allen Dingen sehr hellhörig zu sein pflegt, stellt man sich in diesem Punkte taub. Wir wehren uns immer wieder gegen die Auffassung, daß man im Reichsarbeitsministerium den baugewerblichen Arbeitern aus irgendwelchen Gründen wenig zugetan ist. Allein die besondere Behandlung, die ihnen in fast jedem Falle zuteil wird, muß diese Auffassung bestärken.

Wir wollen hier nicht die Leidensgeschichte der Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung der bezirklichen Löhne im Baugewerbe wiedergeben; sie ist unsern Lesern bekannt. Bald hätte sie sich zu einem Skandal ausgewachsen. Allein, was jetzt vor sich geht, ist ja nur die Fortsetzung des Kampfes gegen die Bauarbeiterlöhne, der im Reichsarbeitsministerium seinen Ausgangspunkt hat.

Wir erwähnten bereits, daß nur in wenigen Bezirken Parteiverhandlungen über eine Neuregelung der Löhne stattgefunden haben. Als in einzelnen Bezirken die amtlichen Schlichtungsstellen zur Hilfe angerufen wurden, kam vom Reichsarbeitsministerium die Anweisung, daß die Regelung der Bauarbeiterlöhne besonders erfolgen werde und daß die Schlichter die Finger davon lassen sollten. Das bedeutete nichts Gutes. Inzwischen hat, wie bereits in der letzten Nummer des „Zimmerer“ mitgeteilt werden konnte, der Reichsarbeitsminister drei Schlichter ernannt, die das Baugewerbe verarzten sollen. Sie haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Was wir darüber bis jetzt erfahren haben, läßt das Schlimmste befürchten. Bisher konnten wir noch annehmen, daß nur für wenige Bezirke mit nach Meinung des Reichsarbeitsministers verhältnismäßig „hohen“ Löhnen ein weiterer Abbau beabsichtigt sei. Zu dieser Auffassung waren wir berechtigt, da gelegentlich von Besprechungen im Reichsarbeitsministerium über die Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne vom Ministerium selbst die Meinung vertreten wurde, daß für eine Reihe von Bezirken der Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne bei ihrem derzeitigen Stand nichts mehr entgegenstehe. Allein dieser Zusagen erinnert man sich anscheinend im Reichsarbeitsministerium nicht mehr. Rücksichtslos und brutal wird in allen Bezirken abgebaut. Die Sonderschlichter gehen mit einer Bravour zu Werke, die wirklich Staunen erregt. Schiedssprüche bis über 20 % Lohnsenkung, dazu Ortsklassen- und Gruppenregelungen mit noch größerem Lohnabbau. Das übertrifft die schlimmsten Vermutungen. Daß noch ein Reichstarifvertrag besteht, der Bestimmungen über Gültig-

keitsdauer auch der Löhne enthält, brauchen die Sonderschlichter nicht zu wissen. Sie setzen beliebige Ablauftermine fest, ja, sie gebärden sich als Diktatoren, die kraft ihres Auftrages vom Reichsarbeitsminister rücksichtslos über das Schicksal der baugewerblichen Arbeiter entscheiden.

Eine derartige Behandlung muß in Arbeiterkreisen die allerstärkste Empörung auslösen. Wir erheben dagegen den schärfsten Protest. Wir warnen den Reichsarbeitsminister dringend, sein Lohndiktat durch die Son-

derschlichter fortzusetzen. Er bürdet sich dadurch eine Verantwortung auf, die viel weniger tragbar ist als die vermeintlich hohen Löhne der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter, die infolge der Arbeitslosigkeit unerhörte Opfer haben auf sich nehmen müssen, fordern nachdrücklich, daß man ihnen ihr Recht auf Leben nicht vollends verkümmere. Sie schreien diese Forderung auch den Sonderschlichtern in die Ohren, die diesen gegenüber vielleicht noch nicht ganz so taub sind wie der Reichsarbeitsminister!

## Der Reichsarbeitsminister und die „Binnenmarkt“-Löhne

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat in letzter Zeit in Wort und Schrift zur Lohnfrage Stellung genommen. Auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften erklärte er, daß die Reichsregierung eine weitere allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter nicht beabsichtige. Dagegen sei die „Angleichung“ der Löhne in einzelnen Gewerben dringend erforderlich. Die neue Angleichungstheorie wird, von der höchsten Stelle gepredigt, nunmehr von den amtlichen und auch von den nichtamtlichen Stellen in die Praxis umgesetzt. Ueberall sind die Schlichter am Werk, um „Lohnangleichungen“ vorzunehmen. Niemand braucht sich darüber zu wundern; denn die Äußerungen des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald lassen keinen Zweifel aufkommen, daß die Regierung die Löhne in einer Reihe von Gewerben erneut senken will.

In einer soeben erschienenen neuen Monatsschrift für Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von Professor Goetz Briefs unter dem Titel „Wege zur Arbeit“ herausgegeben wird, legt Reichsarbeitsminister Stegerwald nochmals ausführlich seine Stellung zur Lohn- und Tariffrage dar. Höchstwahrscheinlich bewegen sich die Richtlinien, die den Schlichtern in der Besprechung im Reichsarbeitsministerium am 15. April gegeben worden sind und über die bisher nichts verlautete, in der hier vom Minister dargelegten Richtung.

Stegerwald geht in seinem Aufsatz von seinen früheren Erklärungen aus, daß er eine erneute allgemeine Senkung des Lohnniveaus nicht für erträglich hält.

In dem lesenswerten Artikel legt Dr. Stegerwald dar, daß die Arbeitslöhne, durch die Auswirkungen der amtlichen Lohnpolitik, um etwa ein Viertel gesunken sind. Stegerwald teilt ferner mit, daß die Löhne etwa um 25 %, die Preise hingegen nur um etwa 16 % gesenkt wurden, und er schlußfolgert daraus, „daß die Senkung der Tariflöhne ungefähr ausgeglichen ist“. Wir müssen schon gestehen, diese Mitteilungen bleiben uns für immer unverständlich. Das ist uns zu rund. Was sich der Reichsarbeitsminister bei dem Vergleich dieser Zahlen gedacht hat, ist schließlich seine Sache; wir können aus diesem Rechenexempel nur die entgegengesetzte Schlußfolgerung ziehen.

Dann setzt sich Dr. Stegerwald mit der Meinung der Unternehmer in der Lohnfrage auseinander und betont dabei, daß „gegen eine weitere Senkung des Lohnniveaus schwerste Bedenken“ bestehen. Diese Erkenntnis hindert ihn aber nicht, einige Zeilen später festzustellen: „Gewiß, es gibt einige Gewerbezweige, in denen die Tariflöhne im allgemeinen zu hoch liegen.“ Und dann fährt Dr. Stegerwald wörtlich fort: „Wenn ich einen besseren Ausgleich der Löhne fordere, so denke ich nicht an systematische Gleichmacherei. Selbstverständlich sind Lohnunterschiede je nach den verschiedenen Anforderungen und Möglichkeiten der einzelnen Erwerbszweige berechtigt. Aber auch bei weitgehender Berücksichtigung dieser Besonderheiten wird man zugeben müssen, daß die Löhne in einzelnen, hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien zu hoch sind.“

In den nun nachfolgenden Sätzen stellt Minister Dr. Stegerwald die These auf, daß die Lohnsenkung zur Belebung der Wirtschaft wesentlich beitrage. Wir lesen in dem erwähnten Aufsatz: „Eine vernünftige Neuordnung der Lohnung wird hier Beschäftigungsmöglichkeiten in Erscheinung treten lassen, die seit langem vorhanden sind, aber bei der derzeitigen Lohnlage nicht praktisch werden können.“ Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir eine derartige Auffassung für falsch und unrichtig halten. Wer die Kaufkraft der Bevölkerung schwächt, zerstört zu gleicher Zeit den inneren Markt und trägt dazu bei, daß die Produktion auf allen Gebieten weitere Einschränkungen erfahren muß.

Leider reicht zur Zeit unsere Macht nicht aus, um Dr. Stegerwald und die maßgebenden Kreise der Reichsregierung von ihrer irrigen Auffassung abzubringen. Kollege Leipart war es, der in seinen Ausführungen auf dem Krisenkongreß in treffenden Worten auf den Zusammenhang zwischen Kaufkraftminderung und Zerstörung des Innenmarktes durch die amtliche Lohnpolitik hingewiesen hat. Diese Politik, die das wirtschaftliche Unheil in Deutschland wesentlich vergrößert hat, soll nun fortgesetzt werden. Zwar will das Reichsarbeitsministerium zunächst nur die Löhne einzelner für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien angleichen. Wir befürchten aber, daß diese



Angleichung weitere Kreise ziehen wird, zumal Dr. Stegerwald im Herbst dieses Jahres erneut zur Lohn- und Gehaltsfrage Stellung nehmen will. In seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Wege zur Arbeit“ führt er aus, daß es nicht ratsam sei, Lohn- und Gehaltsabkommen über den Herbst dieses Jahres hinaus fest abzuschließen. Das ist ein deutlicher Wink für alle die Stellen, die bei der Lohnfindung heute mitzuwirken haben.

Zunächst werden nunmehr auf Grund der amtlichen Anweisung die Binnenmarktlöhne „angeglichen“ werden. Was das zu bedeuten hat, haben wir bereits im Baugewerbe erfahren. Die gut unterrichtete bürgerliche und Unternehmerpresse weiß bereits zu berichten, daß der Reichsarbeitsminister die Löhne im Baugewerbe, in der Textilindustrie sowie im Buchdruckgewerbe nochmals um 10 % senken will.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt hierzu mit, daß diese Mitteilungen des Reichsarbeitsministers „zweifelloso für fast jede Arbeitgeberorganisation den Anreiz zu neuen Lohnabbauforderungen geben kann. Tatsächlich wird man — außer dem Baugewerbe, der Textil- und Nahrungsmittel-

industrie — das gesamte Verkehrsgewerbe, alle Zweige des Handwerks, im ganzen wohl vier Fünftel der deutschen Wirtschaft als Binnenmarkt orientiert ansehen können.“ Sogar das bürgerliche Blatt fügt hinzu, daß die Andeutungen des Reichsarbeitsministers in der Lohnfrage zu einer großen Gefahr für die gesamte Tariflage werde.

Gegen die neue „Angleichungs“theorie des Reichsarbeitsministeriums müssen wir auf das allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Wir werden in später folgenden Aufsätzen darlegen, wie sich die wirklichen Einkommensverhältnisse der Bauarbeiter in den Jahren der Hochkonjunktur gestaltet haben. Aus diesem amtlichen Material, das die Berufsgenossenschaften herausgegeben haben, geht zweifelsfrei hervor, daß gerade die Einkommensverhältnisse der Bauarbeiter zum größten Teil viel ungünstiger sind als in einer Reihe anderer Gewerbe. Wie lange wollen der Herr Reichsarbeitsminister und die amtlichen Stellen ihre wirtschaftszerstörende Lohnpolitik noch fortsetzen? Die Gewerkschaften verlangen Antwort auf diese Frage.

## Wohnungspolitik der Gemeinden

In der Vorkriegszeit konnte man von einer Wohnungspolitik im Sinne der durch die Nachkriegszeit hervorgerufenen Situation nicht reden. An fast allen nennenswerten Plätzen war ein bestimmter Hundertsatz leerstehender Wohnungen zu verzeichnen. Solange ein Wohnungsleerstand nicht über 3½ % aller am Orte vorhandenen Wohnungen hinausging, gab sich der Grundbesitzer einigermaßen zufrieden, weil hiermit lediglich der normale Wohnungswechsel seine Befriedigung fand. Wenn jedoch ein höherer Prozentsatz der Wohnungen leerzustehen begann, dann war nach Meinung der Grundbesitzer Holland schon in Not. Dann erblickte man in Grundbesitzerkreisen hierin schon eine Interessengefahr, weil in solchen Fällen das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage sehr leicht die Tendenz der Mietzinsherabsetzung erhielt. In diesem Falle stand der Wohnungsbau zum Leidwesen der Wohnungsgrundstücksbesitzer im Stadium der Ueberproduktion.

Bevor es in einer Gemeinde, einem Staate oder Lande zur Uebersättigung des Wohnungsbedarfs gekommen war, machte ein bestimmter Interessenskreis die Wohnungspolitik nach eigener Art. Diese Politik war nichts weiter als eine Spekulation auf die Taschen der Wohnungsuchenden zum Nutzen der Terrainbesitzer, Materiallieferanten, Hausmakler, Bauunternehmer usw. Diese Kreise in Verbindung mit den Hypothekenbanken und Sparkassen machten für sich eine Wohnungspolitik in rein gewinnstüchtiger Absicht. Die Wohnungsuchenden und Mieter hatten nur insofern ein Interesse an der gesamten Wohnungswirtschaft, als sie gelegentlich Umschau zu halten hatten, wo sie am wohlfeilsten eine ihrem Bedarf entsprechende Wohnung erhalten konnten.

Das hat sich seit Einführung der Wohnungszwangswirtschaft geändert. Die gesamte Bevölkerung steht seitdem inmitten des Bildes allgemein interessierender Wohnungspolitik und daher in enger Fühlung mit der Frage der Befriedigung dringenden Wohnungsbedürfnisses.

Die kommunale Wohnungsbauauf Förderung liegt im wesentlichen auf dem Gebiete der Finanzierung des Wohnungsbauens aus Mitteln der Hauszinssteuer. Solange der kommunale Finanzbedarf für alle Verwaltungszwecke den größten Teil dieses Steuerertrages nicht diesem, sondern dem eigentlichen Zwecke des Wohnungsbauens zuwenden konnte, hatte die staatsseitige Finanzierung des Wohnungsbauens eine immerhin nennenswerte Unterlage.

In demselben Maße wie unmittelbar nach der Inflationszeit durch die Stabilisierung der deutschen Währung dieser Zeit private Kapitalien für Hypotheken entwachsen, konnten die Gemeinden,

Staaten und Länder die vorhandenen Mittel für den Wohnungsbau strecken, und zwar zunutze der Wohnungsvermehrung. Leider führte diese Regsamkeit der Gemeinden in vielen Fällen zur Ueberspannung der finanziellen Kräfte, und zwar dergestalt, daß besonders im Rekordjahr 1929 diese Gemeinden schon im voraus über die zum Zwecke des Wohnungsbauens aus der Hauszinssteuer fließenden Beträge verfügt hatten.

Durch die inmitten des vorigen Jahres eingesetzte Finanzkrise sind den Gemeinden völlig die Hände gebunden. Die durch die Vierte Notverordnung hervorgerufene Mietesenkung der Alt- und Neubauwohnungen hat den Gemeinden leider keine neue Möglichkeit zum Antrieb der Wohnungsbautätigkeit geschaffen. In den allerwenigsten Fällen haben die Gemeinden noch nennenswerte Mittel zur Beleihung von Neubauwohnungen an der Hand, da die Erträge der Hauszinssteuer erstens in erheblichem Maße zurückgegangen sind und andererseits dieselben zwangsläufig fast restlos zur Befriedigung des allgemeinen Finanzbedarfs der Gemeinden verwendet werden. Wo noch hier und dort geringere Mittel hierfür zur Verfügung stehen, scheitert die Wohnungsbaubelebung immer noch an der Höhe der für Hypotheken geforderten Zinssätze. Der Gebäudehypothekenmarkt befindet sich zur Zeit noch im Zustande der Vertrauensschwäche.

Erst wenn eine Lockerung der Antriebs-hemmungen der Industriegewirtschaft eingetreten ist, wodurch sich das Arbeitseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger zu einem festeren Rechnungsfaktor gestaltet, kann die Wohnungsbauanregung in den Gemeinden greifbare Gestalt annehmen. Sie muß dann aber dem fortschrittlichen Gedanken sozialer Wohnungspolitik mehr Rechnung tragen, vor allen Dingen den Preis des Grund und Bodens der Mietzinsberechnung von vornherein anpassen, um so bei tragbarer Mietzinshöhe eine Rentabilität zu schaffen. In vielen Fällen, besonders in Großstädten, haben die Domänenverwaltungen genau wie private Grundbesitzer mit dem staatlichen Baugelände eine unangebrachte Gewinnerzeugungspolitik betrieben, die zur überhohen Zinsbelastung der Wohnungsgrundstücke führte. Gewiß, die Gemeindegassen brauchen notgedrungen Mittel, um den Haushaltsetat auszugleichen. Sie benutzen daher alle Wege, solche Mittel zu erhalten.

Dem Wohnungsbau müßten aber aus sozialen Gründen in steuerlicher und finanztechnischer Hinsicht zukünftig in demselben Maße Erleichterungen geschaffen werden wie eine für die große Masse der unteren Bevölkerungsschicht tragbare Mietzinsgestaltung zu erstreben ist.

## Die Konsequenz der letzten Wahlen: weiterkämpfen!

Am 24. April haben bedeutsame Wahlen zu den deutschen Länderparlamenten stattgefunden. Zugleich waren Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oesterreich. Man konnte nun prüfen, wie die Parteien unter dem Einfluß dieser furchtbaren Krise gelitten haben. Des ferneren war der 24. April als Gradmesser anzusehen, in welcher Weise die Phrasen der faschistischen Partei, der Nationalsozialisten, bei dem unpolitischen deutschen Volk Anklang und Gehör finden würden. Die Probe aufs Exempel ist gemacht worden. Die Nationalsozialisten haben zu allen Länderparlamenten Deutschlands einen wesentlichen Stimmenzuwachs bekommen. Die bürgerlichen Parteien sind außer dem Zentrum fast vollständig aufgerieben. Als einzige rechtsstehende Partei von Bedeutung kommen nur noch die Nationalsozialisten in Frage. Mit ihnen hat sich die Arbeiterbewegung Deutschlands hinfort auseinanderzusetzen.

Eine kurze Uebersicht über die Entwicklung in Preußen ergibt folgendes: Die Sozialdemokraten haben gegenüber der Reichstagswahl im September 1930 rund 300 000 Stimmen verloren, die Kommunisten ebensoviel. Das Zentrum hat 200 000 Stimmen gewonnen, die Deutschen nationalen haben 400 000 Stimmen verloren, die Staatspartei 300 000, die Wirtschaftspartei 700 000, die Volkspartei ebensoviel und alle übrigen Parteien sind vollständig ausgefallen. Entfiel früher auf je 40 000 Stimmen ein Mandat, so jetzt auf 50 000. Dies muß man beachten, wenn man die Mandatsziffern mit den früheren vergleicht. Die stärkste Partei sind heute die Nationalsozialisten mit 162 Abgeordneten, es folgen die Sozialdemokraten mit 93, das Zentrum mit 67, die Kommunisten mit 57, die Deutschnationalen mit 31, die Volkspartei mit 7 usw.

Insgesamt wurden 423 Abgeordnete zum Preußischen Landtag gewählt. Die absolute Mehrheit beträgt mithin 212 Stimmen. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Volkspartei, die man als die Rechte des neuen Preußischen Landtages ansprechen kann, bringen es insgesamt auf 200 Stimmen. Sie haben also nicht die Mehrheit. Die bisherige Regierungskoalition (SPD., Zentrum und Staatspartei) ist zu einer Minderheit von insgesamt 162 Abgeordneten herabgesunken. Im alten Landtag hatten diese Parteien mit 230 Stimmen von insgesamt 450 die absolute Mehrheit. Im neuen Landtag ist weder eine Mehrheit der Rechten, noch eine Mehrheit der Linken möglich. Es wird also außerordentlich schwierig sein, eine Regierung zu bilden.

In den übrigen Länderparlamenten sieht es etwas anders aus. Der Bayerische Landtag zeigt durch den Zuwachs der Nazis ebenfalls ein anderes Gesicht. Auch hier wurden die bürgerlichen Parteien von den Nationalsozialisten fast vollständig zerrieben. Die Nazis wurden zur zweitstärksten Partei, die Sozialdemokratie rückte an die dritte Stelle. In Württemberg erfolgte ebenfalls eine starke Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen und Mandate; das gleiche war in Anhalt zu verzeichnen. In Anhalt ist eine Rechtsregierung möglich, während in Bayern und in Württemberg die bisherigen Regierungsmehrheiten unerschüttert sind. Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft erbrachten eine Stärkung der Linken. Die SPD. konnte ihren Mandatsstand von 46 auf 49 vermehren. Die Staatspartei gewann ebenfalls 4 Mandate. Die KPD. verlor 9 Mandate. Die Sozialdemokraten in Oesterreich haben sich gut geschlagen. Sie haben ihren Besitzstand fast überall zu halten gewußt. Die Gegner hatten alles darauf angelegt, die Position der SPD. in Wien zu schwächen. Dieser Angriff wurde vollständig abgeschlagen. Die Partei besitzt 66 % Stimmen im Parlament, also die unerschütterliche Mehrheit. Ein Bravo den österreichischen Genossen!

Wie war ein solcher Wahlausgang in Deutschland möglich? Die größte Chance der Nationalsozialisten war und ist die

gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Wenn es einem Volke so schlecht geht, dann besteht die Gefahr, daß Parteien, die jeder Bevölkerungsschicht eine Besserung ihrer Lage versprechen, gewaltigen Zulauf bekommen. Die Nationalsozialisten werden von den Großgrundbesitzern, von Generälen und Admirälen, von Prinzen, Fürsten, Schwerindustriellen und allen rückschrittlichen Elementen bis zum Kleinbürger herab gestützt. Diese gewissenlosen Demagogen versprochen dem Bauern höhere Preise, den Städtern Preissenkungen, den Industriellen Lohnsenkungen, den Arbeitern Lohnerhöhungen, den Hausbesitzern höhere Mieten, den Mietern Mietssenkungen, kurzum, sie bewegten sich im Kreise, hingen die Fahnen nach dem Wind und sprachen das aus, was jeder gern hören wollte. Sehr richtig beurteilte der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“, Theodor Wolff, die Zukunft der Nationalsozialisten:

„Die nationalsozialistische Partei folgt dem Wahlspruch „Suum cuique“ — sie legt ihn nur auf ihre Weise aus. Sie nimmt jedem das Seine, von den Ueberläufern des Kommunismus die Stimmen und von den Schwerindustriellen, zur Niederhaltung des Proletariats, das Geld. So ist immer wieder festzustellen, daß Anschwellen und Abflauen des Nationalsozialismus nur davon abhängen, ob die Ziffer der Arbeitslosigkeit steigt oder sinkt. Kann man sie durch die Einschränkung der Arbeitszeit wesentlich vermindern, oder wird sie durch ein allgemeines Wiederaufleben der Wirtschaft regulär zusammenschumpfen, so ist zehn gegen eins zu wetten — nein, es ist sogar die logisch zu errechnende Gewißheit —, daß in gleichem Maße die jetzt so imposante Zahl der Hitler-Wähler abnehmen wird.“

So ist es in der Tat. Die Nationalsozialisten werden um so geringere Erfolge erzielen können, je mehr sich die Wirtschaftslage bessert. Doch wie dem auch sei, die deutsche Arbeiterbewegung hat mit den Dingen zu rechnen, wie sie sind. Und da gilt es, den Gefahren fest ins Auge zu sehen. Hinter den Nationalsozialisten marschiert das alte Preußen, die gesamte Reaktion. Diese wird ihre Macht ohne Gewissenskrupel ausnutzen, wenn sie sie besitzt. Darüber darf sich niemand im Unklaren sein. Kommt sie in Preußen zur Herrschaft, dann wird sie den gesamten Apparat des Staates zu ihrer Machtstabilisierung rücksichtslos ausnutzen. Was das bedeutet, darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Aber wir wollen nicht schwärzer sehen, als es notwendig ist. Noch haben sie nicht die Mehrheit, sondern müssen eine Koalition mit andern Parteien eingehen. Daß sie aber mit 162 Mandaten im Preußischen Landtag überhaupt vertreten sind, ist ein Rückschritt, den die Arbeiterschaft Preußens recht bald spüren wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat die meisten Stimmen im Süden und Westen Deutschlands verloren. Sie hat Stimmenzuwachs gehabt in Berlin (rund 60 000), in Pommern, in Ostpreußen, in Hamburg und in andern Landesteilen. Sie hat sich in den großen Städten am besten gehalten. Dort, wo eine starke Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, war der Ansturm der Reaktionskräfte in der Wirkung am geringsten. Die Gewerkschaftsbewegung ist und bleibt der feste Wall der deutschen Arbeiterklasse. Sie weiter zu stärken und als Schutzwall noch weiter auszubauen, ist die wichtigste Lehre, die aus den Wahlen vom 24. April gezogen werden muß. Die Arbeiterbewegung kann wohl zeitweise zurückgeworfen, aber niemals von einem solchen Interessentenhafen, wie es die Nationalsozialisten sind, überwunden werden. Mehr Wachsamkeit, Ueberzeugungstreue und Pflichteifer, das muß hinfort den Arbeitern, Angestellten und Beamten gründlich eingehämmert werden.

**Kameraden!** Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß Unorganisierten in die Hand gegeben werden!



## Aufklärung ist notwendig

Die Wirtschaftskrise hat einen Höhepunkt erreicht, der kaum überstiegen werden kann. Die ungeheure Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen übertrifft alle Vorstellungen, die man sich früher von dem Verlauf und den Auswirkungen einer Wirtschaftskrise machte. Die Ursachen dieser katastrophalen Wirtschaftskrise liegen begründet in der planlosen kapitalistischen Produktion, die Güterherstellung und Güterverbrauch nicht in Einklang zu bringen vermag. Statt die Förderung und Belebung des gegenseitigen Absatzes und Auslauses der Erzeugnisse herbeizuführen, griffen die Staaten zum entgegengesetzten Mittel, zur Abschließung im Warenaustausch durch Errichtung von Zollmauern.

Die Folgen einer solchen Wirtschaftspolitik wirken sich besonders stark in Deutschland aus, das durch den verlorenen Krieg und die Inflation sich gegenüber andern Industriestaaten in besonders schwieriger Lage befindet. Betriebsstilllegungen, Arbeiterentlassungen, Zusammenbrüche größter Unternehmungen und Banken bilden Glieder zur Kette der heutigen Arbeitslosigkeit. Millionen Menschen sind seit langem aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Die Folge ist, daß Millionen Familien Not leiden und ihre Lebensansprüche auf das geringste Maß beschränken müssen. Verstärkt wurden die Auswirkungen der Krise durch die staatlichen Maßnahmen zur Ausgleichung aller öffentlichen Haushalte. Lohn-, Gehalts- und Unterstützungskürzungen in bedeutendem Ausmaß sind eingetreten. Die an sich notwendige Ausgleichung der öffentlichen Haushalte und die Beschaffung der Mittel wirkten sich in starken Belastungen der davon betroffenen Kreise aus. Aus alledem ergab sich eine ungeheure Einschränkung der Kaufkraft in Millionen Familien, die sich in Handel und Gewerbe in starkem Umsatzrückgang zeigte.

Das gesamte Unternehmertum kennt zur Behebung seiner Schwierigkeiten kein anderes Mittel als den Lohndruck. Es will die Wirtschaft durch Lohnabbau beleben. Die furchtbare Arbeitslosigkeit erleichtert leider die Durchführung dieser Bestrebungen. Die Voraussetzungen zur Abwehr aller Lohnabbaubestrebungen sind leider in der Wirtschaftskrise nicht in dem Maße gegeben, wie das notwendig wäre. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen Lohnabbau kann sich nicht in allen Fällen in der erwünschten Weise auswirken. Hinzu kommt, daß die staatlichen Instanzen den Lohnabbau in der privaten Wirtschaft förderten, um die Parität bei Lohn und Gehalt in Staat und Wirtschaft herbeizuführen. Die staatliche Förderung des Lohnabbaues wirkt sich am stärksten im Baugewerbe aus. Statt intensivster Arbeitsbeschaffung und Wiedereingangssetzung der Bauwirtschaft unter Einsetzung der letzten staatlichen Mittels soll der Lohnabbau dem Baugewerbe wirksame Hilfe bringen. Das wird bestimmt ein Fehlschluß sein.

Die Gewerkschaften haben fortgesetzt gezeigt, wie die Wirtschaftskrise wirksam bekämpft werden kann. Die letzte große Kundgebung der Gewerkschaften, der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, zeigte wiederum Wege zur Arbeitsbeschaffung und stellte entsprechende Forderungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Diesem Verlangen muß sich die gesamte Arbeiterschaft anschließen. In allen öffentlichen Zusammenkünften und Veranstaltungen müssen immer wieder auf neue die Forderungen auf Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben werden. Das ist eine der dringlichsten Aufgaben. Das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe, mit mehr als 90 % Arbeitslosen, muß diese Forderungen besonders laut erheben. Freilich zeigt es sich immer mehr, daß je länger die Krise mit allen ihren Auswirkungen dauert, es weiten Kreisen der Bevölkerung immer unmöglicher wird, den klaren Zusammenhang der Dinge zu sehen. Der Ausfall der letzten politischen Wahlen in Deutschland zeigte ein starkes Anwachsen der Stimmen für die Nationalsozialistische Partei, die für alles Ungemach der heutigen Zeit das demokratische Staatswesen

verantwortlich macht. In einer nicht zu überbietenden Demagogie wurde das Bürgertum aufgeschreckt. Große Kreise Handwerker, Kaufleute, Bauern und sonstige Berufskreise sind den Lockungen gefolgt und haben ihre Stimme für den Nationalsozialismus abgegeben, in der Hoffnung, dem „System“ einen kräftigen Schlag versetzt zu haben. Dieser Schlag wird ein Schlag in die Luft sein. Denn der Nationalsozialismus bekämpft nicht den Kapitalismus, sondern schützt ihn. Die Bekämpfung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems ist lediglich Sache der organisierten Arbeiterschaft, die ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu Kraftzentren ausbauen muß.

Zu dieser klaren Erkenntnis muß sich die gesamte Arbeiterschaft durchringen. Die Bekämpfung des Kapitalismus kann dann am wirksamsten erfolgen, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich zu einheitlichem gewerkschaftlichen und politischen Handeln zusammenfindet. Die Einheitlichkeit muß sich auch im parlamentarischen Leben durchsetzen. Das ist die Konsequenz, die aus den Ergebnissen der letzten politischen Wahlen in Deutschland zu ziehen ist. Immer stärker müssen diese Gedanken in der täglichen Werbearbeit zum Ausdruck kommen. Sie muß getragen sein von der Kenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen und den politischen Notwendigkeiten. Die jetzige Zeit zwingt, die Aufklärungsarbeit intensiver denn je zu betreiben; denn die Kräfte der Gegner der Arbeiterschaft sind im Wachsen begriffen.

### Die Gewerbeaufsicht ist auch auf Bauten zuständig

Bisher bestanden Zweifel darüber, ob die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Durchführung des Arbeiterschutzes auf Bauten zuständig wären. Der § 154 Absatz 4 der Gewerbeordnung wurde oft so ausgelegt, daß die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 b GO. nicht schon von Gesetzes wegen auf „Bauten, bei denen in der Regel weniger als 10 Arbeiter beschäftigt werden,“ anzuwenden seien. Hierzu sollte es erst eines entsprechenden Beschlusses des Bundesrats — jetzt der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats — bedürfen. Fehlt ein solcher Beschluß, müsse bei derartigen Bauten die Gültigkeit der Schutzvorschriften der §§ 135 bis 139 b und damit die Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten im allgemeinen verneint werden.

In einem gemeinsamen Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. März 1932<sup>1</sup> werden diese Zweifel beseitigt. Der § 154 Absatz 4 wird darin so ausgelegt, daß auf Bauten mit weniger als zehn Arbeitern zwar die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 a GO. keine Anwendung finden<sup>2</sup>, solange ein entsprechender Ausdehnungsbeschluß der Reichsregierung nicht ergangen ist, dagegen wohl die Bestimmungen des § 139 b<sup>3</sup>.

In früheren Erlassen ist zwar angeordnet worden, daß die Ortspolizeibehörden sich der Ueberwachung der Bauausführungen im Interesse des Schutzes der Bauarbeiter gegen Krankheit und Unfälle anzunehmen haben und bei Bedarf besondere, technisch vorgebildete Beamte von den Baubehörden anzustellen sind. Die Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten ist hierdurch zwar nicht aufgehoben, jedoch haben sich diese Beamten im Hinblick auf die Kontrolle durch die Baupolizei vielfach einer Beaufsichtigung der Bauten enthalten.

Die starke Verwendung von Arbeitsmaschinen aller Art, von Aufzügen und von sonstigen mechanischen Fördererichtungen sowie die Verwendung des elektrischen Stromes, von Preßluft zu Caissonarbeiten, von Preßluftwerkzeugen und von Farbspritzeinrichtungen auf Hoch- und Tief-

bauten lassen es bedenklich erscheinen, wenn sich die auf dem Gebiete des Unfall- und Gesundheitsschutzes besonders erfahrenen Gewerbeaufsichtsbeamten der Beaufsichtigung dieser Anlagen und Einrichtungen vollständig enthalten. Der Erlaß ersucht deshalb die Regierungspräsidenten, die Gewerbeaufsichtsbeamten anzuweisen, sich der Beaufsichtigung wichtiger Bauarbeiten mehr als bisher anzunehmen. Bei den Besichtigungen sollen sie ihr Augenmerk insbesondere auf maschinelle Anlagen und Einrichtungen, auf die gesundheitsgefährdenden Arbeitsmethoden und auf die Einrichtungen der allgemeinen Arbeiterfürsorge — gegebenenfalls im Einvernehmen mit der Baupolizei (einschließlich der Baukontrolleure) — richten. Dabei sollen aber Anordnungen auf dem Gebiete der Bauarbeiten selbst (zum Beispiel Absteifungen, Gerüstbau, Ein- und Ausschalen bei Betonarbeiten usw.), falls nicht Gefahr im Verzuge ist, den Beamten der Baupolizei überlassen bleiben, weil diese hier die größere Sachkenntnis und Erfahrung besitzen. Auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten der verschiedenen Beamten wird besonderer Wert gelegt.

Die bisher überwiegend von den Baupolizeibehörden wahrgenommene Kontrolle der Bauten soll also nicht eingeschränkt werden, sondern vielmehr durch die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Ergänzung erfahren. Wir begrüßen diesen Erlaß, weil dadurch eine öftere Kontrolle der größeren Bauten eintritt und die Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten auf dem Gebiete der Gefahrenbekämpfung nun auch für das Baugewerbe nutzbar gemacht werden. Durch die in den letzten Jahren beschleunigt vollzogene Mechanisierung der Bauarbeit — die gerade auf Großbaustellen augenscheinlich zutage tritt — sind zu den allgemeinen und bekannten Gefahren des Baugewerbes neue Gefahrenquellen getreten. Diese rechtzeitig zu erkennen und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen dagegen zu treffen, wird die besondere Aufgabe der Gewerbeaufsichtsbeamten sein müssen.

Die Bau- und Platzdelegierten im Baugewerbe werden nach § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes künftig neben den Beamten der Baupolizei nun auch die Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Kontrolle der Bauten, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen haben. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß vom 23. April 1930<sup>4</sup> die Gewerbeaufsichtsbeamten und der preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß vom 26. Februar 1931<sup>5</sup> die Baupolizeibeamten angewiesen, bei ihren Revisionen grundsätzlich auch die Betriebsvertretungen zu beteiligen. Die Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit von Gewerbeaufsicht, Baupolizei und Betriebsvertretung sind somit gegeben.

<sup>1</sup> Minist.-Blatt der pr. Handels- und Gewerbeverwaltung vom 14. Mai 1930, S. 98.  
<sup>2</sup> „Volkswohlfahrt“ Nr. 6/1931.

### Arbeitsbeschaffung durch Planwirtschaft

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist an dem Punkt angelangt, wo sie zu einer unmittelbaren Gefahr für den Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft zu werden droht. Infolge der in den Kreisen der Arbeitslosen herrschenden Not besteht hier vielfach eine so verzweifelte Stimmung, daß es keines besonders starken Anstoßes mehr bedarf, um eine gewaltsame Entladung der vorhandenen Spannung auszulösen. Wenn die rechts- und linksradikale Hetzpropaganda eine solche Explosion der Unzufriedenheit noch nicht herbeiführte, so lediglich deshalb, weil der Einfluß der Gewerkschaften noch hinreichte, die Arbeiter von sinnlosen Handlungen und Gewalttätigkeiten zurückzuhalten. Soll aber dieser Einfluß weiter bestehen bleiben, so ist es höchste Zeit, daß die wirtschaft-

lichen Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung finden und mit größter Beschleunigung Maßnahmen zur Verminderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

Für die Gewerkschaften besteht grundsätzlich keine Veranlassung, sich für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft einzusetzen, die in kurzfristiger Verblendung von ihren eigenen Anhängern untergraben und dem Zusammenbruch entgegengeführt wird, indem sie alle Reformen brüsk ablehnen. Dieser Zusammenbruch kann aber den Arbeitern nichts nützen, da er das allgemeine Elend nur verschlimmern und ein Chaos schaffen würde, das den Wiederaufbau außerordentlich erschweren müßte. Dennoch sind wir sowohl psychologisch wie materiell von diesem Zusammenbruch nicht mehr allzuweit entfernt. Nach den Ausweisen der Arbeitsämter haben wir gegenwärtig in Deutschland nahezu sieben Millionen Arbeitslose. Das ist fast ein Drittel der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmerschaft. Ähnlich in den übrigen kapitalistischen Ländern. Insgesamt wird die Zahl der Arbeitslosen auf dem internationalen Arbeitsmarkt auf rund 20 bis 25 Millionen geschätzt. Eine ungeheure Zahl, aus der die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft mit brutaler Deutlichkeit hervorgeht.

Damit ist die Arbeitslosigkeit zu einem der wichtigsten Probleme geworden, dessen Lösung mit allen dazu geeigneten Mitteln herbeigeführt werden muß. An Vorschlägen dazu fehlt es nicht, da man im wesentlichen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit unterrichtet ist. Sie ist in der Hauptsache in der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft begründet, die zwar schon von Anfang der kapitalistischen Entwicklung bestand, durch die Auswirkungen des Weltkrieges wie des Friedensdiktats von Versailles aber in katastrophaler Weise verschlimmert wurde. Schon vor dem Kriege hatte man in den kapitalistischen Kreisen die mit dieser Planlosigkeit verbundenen Gefahren erkannt und ihre Beseitigung versucht, indem man die Produktion in steigendem Maße unter die Herrschaft von Konzernen, Trusts und Kartellen stellte. Die durch diese Maßnahmen herbeigeführte Monopolisierung und Kontingentierung der Produktion war eine kapitalistische Planwirtschaft zur Bereicherung und zum Schutze des industriellen Großkapitals auf der einen, zur verschärften Ausbeutung der Verbraucher und der öffentlichen Wirtschaft auf der andern Seite. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der Nachkriegszeit infolge der durchgeführten Rationalisierung, für die es weitgehend an den erforderlichen Voraussetzungen fehlte.

Diese kapitalistische Planwirtschaft hat sich als Fiasko herausgestellt. Durch die monopolistische, die Hebung der allgemeinen Kaufkraft außer acht lassende Regelung der Produktion und Verteilung wurde die auf diesen Gebieten bestehende Anarchie nicht beseitigt, sondern verschlimmert, besonders deshalb, weil die wucherische Preispolitik der Kartelle die noch vorhandene Kaufkraft rücksichtslos zerstörte. Die Folgen konnten keine andern sein, als wir sie jetzt trotz aller Notverordnungen und Sparsamkeitsmaßnahmen vor uns sehen: Steigende Verarmung, fortgesetzte Einschränkungen der Produktion und zunehmende Arbeitslosigkeit. Eine Aenderung dieser Verhältnisse ist nur durch eine Abkehr von den bisher verfolgten System und dessen Umwandlung in eine lediglich von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Planwirtschaft möglich.

Wie die Dinge heute liegen, ist freilich auch von einer solchen Planwirtschaft keine Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit zu erwarten. Dazu haben sich die Verhältnisse bereits zu weit zugespitzt. Die Einführung einer Planwirtschaft kann wohl in dem bestehenden Durcheinander Ordnung schaffen, besonders, wenn sie sich auf eine internationale Verständigung über die Bekämpfung der Weltkrise zu stützen vermag. Aber man täusche sich nicht! Eine solche Neuordnung der Wirtschaft bringt noch keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Sie



kann lediglich ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch herbeiführen. Letzterer befindet sich jedoch infolge der geschwächten Kaufkraft, vor allem in der minderbemittelten Bevölkerung, auf einer außerordentlich niedrigen Stufe. Wird doch die Erzeugungsfähigkeit der deutschen Industrie zur Zeit kaum zu wesentlich mehr als 50 % ausgenutzt. Sollen die arbeitslosen Massen wieder Beschäftigung erhalten, so muß zusätzliche Kaufkraft geschaffen werden, die den Verbrauch hebt und die stillliegenden Produktionsmittel in Bewegung setzt.

Daß die private Wirtschaft die Fähigkeit hierzu nicht besitzt, steht nach allen gemachten Erfahrungen unzweifelhaft fest. Von der vielgerühmten Initiative der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Wirtschaftsführer ist rein nichts zu verspüren. Ihre wirtschaftliche Weisheit erschöpft sich darin, weitere Lohn- und Gehaltsherabsetzungen zu fordern, wodurch die allgemeine Kaufkraft noch tiefer sinken muß. Die mit diesem Vorgehen erzielten schlechten Erfolge haben sie keines Besseren belehrt. Deshalb ist von dieser Seite nichts zu erwarten und kann eine Abhilfe nur durch die vielgeschmähte öffentliche Wirtschaft vermittelt großzügiger und umfassender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen herbeigeführt werden. An Möglichkeiten hierzu fehlt es nicht. Wir brauchen hierfür nur auf das Baugewerbe hinzuweisen, das gegenwärtig zu 90 % still liegt. Hierin läßt sich Wandel schaffen! Trotz der öffentlichen und privaten Bautätigkeit der letzten Jahre ist noch auf lange Zeit hinaus ein sehr erheblicher Wohnungsbedarf zu befriedigen. Durch den Bau und die Instandsetzung von Straßen, Regulierung von Flußläufen, Verbesserung des Hochwasserschutzes, Kanalbauten, Bahnbauten, kräftige Inangriffnahme des Siedlungswesens usw. ließen sich hunderttausende Arbeiter beschäftigen. Noch dazu wären alle diese Arbeiten als produktive zu betrachten, was die selbständige Deckung der damit verbundenen Ausgaben in sich schließt. Schwierigkeiten können nur bei der Finanzierung dieser Arbeiten entstehen, die aber, wie die Sanierung der durch ihre falsche Finanzpolitik in Bedrängnis geratenen Großbanken, dergleichen die Hilfsaktion für die Landwirtschaft zeigt, nicht unüberwindlich sind.

Neben der planwirtschaftlichen Regelung der Produktion und Arbeitsbeschaffung darf aber auch die Frage der Arbeitszeit nicht unbeachtet bleiben. Die Gewerkschaften fordern die Einführung der 40-Stunden-Woche. Betrachtet man die heutige technische Ausrüstung der Industrie und die durch sie bewirkte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, so rechtfertigt sich die Frage, ob nicht eine noch weitergehende Arbeitszeitverkürzung gefordert werden muß. Doch kann das zunächst dahingestellt bleiben. Ohne Arbeitszeitverkürzung ist jede Arbeitslosigkeitsbekämpfung aussichtslos. Die von privater Seite angestellten Versuche mit der 40-Stunden-Woche sind günstig. Es wurde durch sie nachgewiesen, daß es möglich ist, die Zahl der Arbeitslosen, wenn auch nur örtlich, wesentlich zu vermindern. Was hier erreichbar war, muß sich auch allgemein herbeiführen lassen. Die bisher der Krise wie dem Arbeitslosenproblem gegenüber beobachtete Passivität darf nicht länger andauern. Wir stehen vor einer gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzung, die entsprechende Änderungen in der Organisation der Wirtschaft erfordert, wenn sie ihre Aufgaben in für die Gesamtheit befriedigender Weise erfüllen soll. m

## Die Arbeiterbanken marschieren!

Ueber den günstigen Stand der Arbeiterbank in Deutschland konnten wir erst kürzlich berichten. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage konnte sich das Bankinstitut sehr gut entwickeln. Nachdem die deutsche Arbeiterbank in Berlin vor kurzem ihren Abschluß für 1931 vorgelegt hat, folgt jetzt das Bankinstitut der österreichischen Arbeiterbewegung. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß es in Oesterreich wohl kaum

noch eine zweite Privat- oder Aktienbank gibt, die sich mit dem Erfolg der Arbeiterbank messen könnte. Der trotz der Krise erzielte Reingewinn für 1931 in Höhe von 895 000 Schilling ist der höchste, den die Wiener Arbeiterbank in den 9 Jahren ihres Bestehens bisher erzielen konnte und ermöglicht wieder die Ausschüttung einer Dividende von 12 %. Dem Reservefonds können daneben noch 330 000 Schilling zugeführt werden, so daß er in einer Höhe von 4 140 000 Schilling das Aktienkapital überschreitet. Das Eigenvermögen der Bank beträgt dann über 8 Millionen Schilling.

Besonders beachtenswert am Abschluß der Bank ist die Tatsache, daß sich die Einlagen der Gläubiger nur ganz geringfügig von 59 auf 56 Millionen Schilling verringert haben, wobei der Rückgang zudem fast ausschließlich auf die Kündigung von Auslandsguthaben zurückzuführen ist.

Der gute Abschluß der Arbeiterbank ist ein außerordentlich wertvoller Erfolg für die Arbeiterbewegung Oesterreichs.

Einen ebenso günstigen Stand zeigt die belgische Arbeiterbank. Der Bericht der belgischen Arbeiterbank (Banque Belge du Travail) über das abgelaufene Geschäftsjahr 1931 zeigt, daß auch diese Bank der organisierten Arbeiterschaft trotz der schweren Wirtschaftskrise erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Es ist offenbar, was dies in der gegenwärtigen Zeit der Zusammenbrüche und des Schwindens des Vertrauens in die großen kapitalistischen Banken bedeutet.

Der allgemeine Umsatz hat sich im vergangenen Jahre auf 14,5 Millionen belgische Frank belaufen, gegenüber 8,4 Millionen belgische Frank im Vorjahre, also eine Zunahme um beinahe 75 % erfahren. Ebenso können wir eine gewaltige Steigerung der Einlagen von 261 Millionen belgischen Frank im Jahre 1930 auf 426 Millionen belgische Frank im Dezember 1931 konstatieren. Der erzielte Reingewinn von 6,2 Millionen belgischen Frank ist gegenüber dem Vorjahre nur ganz geringfügig gesunken und ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende von 8 % auf das Kapital von 50 Millionen belgischen Frank. Einschließlich der Reserven von 58 Millionen belgischen Frank verfügt die belgische Arbeiterbank über ein Eigenkapital von 108 Millionen belgischen Frank.

Der Kauf mehrerer Häuser und die Eröffnung zahlreicher Zweigstellen in allen Teilen des Landes zeigt, daß die Arbeiterbank im Begriffe ist, zu einem immer bedeutenderen Faktor im wirtschaftlichen Leben Belgiens und in der Arbeiterbewegung dieses Landes zu werden.

Die Entwicklung der gut und umsichtig geleiteten Arbeiterbanken in den Ländern mit starker Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist überaus erfreulich. Es muß jedoch Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten sein, ihre Bank zu unterstützen, so weit das mit ihren schwachen Mitteln möglich ist.

## Kampf diesen Gewerkschaftsfeinden!

Die Nationalsozialisten beabsichtigen, energisch gegen die Betriebe vorzustoßen. Das Jahr 1932 soll zu einem „Entscheidungsjahr gegen den Betriebsmarxismus“ werden. Wie dieser Kampf geführt werden soll, ist aus vertraulichen Richtlinien zu ersehen, die trotz ihrer Vertraulichkeit in die Öffentlichkeit gelangten. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) soll als besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch „Niederrichtung des Betriebsmarxismus“ dienen. Die NSBO sei als Gewerkschaft und als Vertretung vor den Arbeitsgerichten nicht anerkannt. „Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streiks wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs. Arbeitgebern zu zerstreuen.“ Hiermit charakterisiert die NSBO sich selbst. Daß die Nazis es mit den Pgs.-Arbeitgebern nicht verderben wollen, zeigt folgender Satz: „Werden eigene Betriebszeitungen her-

ausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten nicht zu kritisieren.“ Desto schärfer sollen natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre verfolgt werden. Das heutige System sei scharf anzugreifen „sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen. Gerade das letzte leuchtet dem Arbeiter am besten ein.“ Insbesondere sollen Lebensweise und Gehalt der Bonzen sowie deren Privatleben genau beobachtet werden, sintemalen „gerade die Weckung persönlichen Neides und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter oft später zur reifen politischen Erkenntnis führt.“ — Man ersieht hieran, zu welchen Mitteln diese Schurken greifen. Die nachfolgenden Sätze sprechen Bände:

Die akute Gefahr droht weniger von seiten der RGO. und KPD., als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betriebe jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu verschaffen. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, fortwährend auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von allen schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. . .

Die Gewerkschaften sind mit den Zerstörungsarbeiten der RGO. fertig geworden. Eine neue Gefahr droht hier. Die Nazis sind weit gefährlicher als die Zerstörer von links. Es muß mit allen Mitteln gegen diese Zerstörer der Gewerkschaften angegangen werden. Ist auch noch der letzte Wall der Arbeiterbewegung niedergelegt, dann gibt es keinen Halt mehr. Deshalb nieder mit diesen Gewerkschaftsfeinden!

## Auf ausgefahrenen Gleisen weiter

Der neue Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr.-Ing. Carl Köttgen, hat seine Antrittsrede gehalten. Der neue Vorsitzende der Arbeitgeberverbände ritt dann eine Attacke gegen die soziale Fürsorge. Gegenwärtig würden 8½ Milliarden gegen 2 Milliarden im Jahre 1913 für soziale Fürsorge verwandt. Für eine ausreichende Kapitalbildung der Wirtschaft bleibe seit 14 Jahren kein Raum. Köttgen sieht eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Unternehmerverbände darin, die Wirtschaft von den Bindungen des Staates zu befreien. Er bekannte sich zu dem Bismarckschen Grundgedanken der sozialen Fürsorge. Es würden aber die arbeitsmoralischen Gefahren nicht übersehen, die in einer Schwächung der Selbstverantwortung als Folge überspannter Fürsorge liegen. Die Vereinigung verlangt nach Köttgen Anpassung der Leistungen der Versicherung aller Zweige an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Die deutschen Unternehmer seien nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen die Koalitionsfreiheit, sie wünschten aber, daß der Staat sich auf eine vermittelnde Hilfeleistung beschränke. „Die Unternehmer sind“, so führte Dr. Köttgen weiter aus, „bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Sie fühlen sich stark genug, die wirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten auch unter Beachtung politischer Momente richtig einzuschätzen. Die Beseitigung der Verbindlichkeiten ist nach wie vor ein Hauptziel der Arbeit der Vereinigung.“ Weiter wendet sich Köttgen gegen die Forderung der 40-Stunden-Woche. Auf keinen Fall dürfe eine solche Maßnahme mit Hilfe des Staates durchgeführt werden. Zum Schluß wendet sich Köttgen nochmals scharf gegen die Eingriffe des Staates in die private Wirtschaft. — Das klingt etwas

pharisäerhaft, wenn man daran denkt, daß der Staat die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland gerettet hat. Wenn staatlicherseits bei den Zusammenbrüchen nicht eingegriffen wäre, wären nicht nur die Banken, sondern auch große Industrieunternehmen glatt zusammengebrochen, wie das Beispiel von Borsig gezeigt hat. Aber die Herren meinen ja nicht solche Eingriffe, die sind ihnen durchaus erwünscht, sondern nur die, die zum Schutze der Arbeiter getroffen werden. Eine solche Doppelzüngigkeit mutet doch etwas eigentümlich an.

## Verbandsnachrichten

### Bekanntmachungen

#### Zentralvorstand

#### Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Meerane Alfred Weber (Verb.-Nr. 22 575), in Königswusterhausen Wilhelm Schenke (Verb.-Nr. 72 265) und in Chemnitz Kurt Berthel (Verb.-Nr. 49 154) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

## Internationale Nachrichten

### Bauarbeiter-Internationale

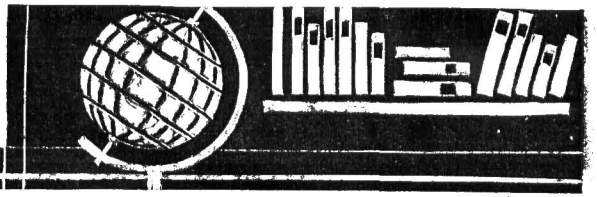
Die Bauarbeiter-Internationale kann erfreulicherweise mitteilen, dass die Bauarbeiterorganisation in der Tschechoslowakei nach jahrelanger intensiver Tätigkeit am Ende des Jahres 1931 wieder 35 000 vollzahlende Mitglieder zählen konnte. Diese Leistung ist um so beachtlicher, als es im Jahre 1927 nur mit grosser Mühe gelungen war, die Reste der drei damals vorhandenen Organisationen einheitlich zusammenzufassen. Der Mitgliederbestand ist seit 1927 von 12 000 auf 35 000 angewachsen, insbesondere dadurch, dass im letzten Jahr rund 18 000 Mitglieder trotz der Krise und der ungünstigen Verhältnisse auf dem Baumarkt in der Tschechoslowakei gewonnen werden konnten. Die finanzielle Stärkung, die der Verband der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie in der Tschechoslowakei dadurch hatte, ermöglichte eine starke Intensivierung der Verbandsarbeit. So konnten im letzten Jahre 12 erfolgreiche Streiks geführt werden; weiter wurden 65 Kollektivverträge abgeschlossen, 10 verlängert und 15 Entscheidungen des Lohnschiedsgerichts erkämpft.

## Zahlstellenberichte

Erding. Am 10. April fand für unser Zahlstellengebiet eine allgemeine Zimmererversammlung statt. Kamerad Reitberger, München, hielt einen lehrreichen Vortrag über die gegenwärtige Lage und die Gewerkschaften. Redner streifte die Mitgliederbewegung der organisierten Zimmerer und betonte, daß nur durch Beitritt aller Zimmerer der Verband zur Macht gelangen kann, um gegen das Unternehmertum erfolgreich auftreten zu können. Die Unternehmer fordern unerhörten Lohnabbau und Ortsklassenzurückversetzung von 95 Pf. auf 52 Pf. Weiter wollen sie die Gewerkschaften vernichten; darum fordern die Unternehmer die politische und wirtschaftliche Macht, die sie im dritten Reich erhoffen. Reitberger schilderte an Hand von Beispielen, was die Nazis und die Kommunisten der Arbeiterschaft schon Schaden zufügten. Beide Richtungen wollen die Gewerkschaften unterminieren, damit die Arbeiterschaft dem Unternehmertum ganz ausgeliefert wird. Zum Schluß appellierte der Redner an die Anwesenden, unsern Zentralverband die Treue zu bewahren. Die uns noch Fernstehenden müssen sich dem Verband anschließen. Nur durch den Kampf der Gewerkschaften können wir uns eine bessere Zukunft erringen. Nach einer Besprechung von Agitationsfragen fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.



# UNTERHALTUNG WISSEN



## Seltene Menschen auf einsamer Straße

Heiß war der Tag gewesen. Die Sonne hatte mit sengenden Strahlen die Haut gegerbt. Jetzt lag ein schwüler Abend über das Steinmeer der großen Stadt. Im gleichen Tempo rollte die Straßenbahn. Auf dem Hinterperron eines Wagens standen der Schaffner, ein gut gekleideter Herr mit glattem Gesicht, ein Mädels von vielleicht siebzehn Lenzen und drei Zimmerleute. Unter den breiten Hüten schauten braune Gesichter mit funkelnden Augen hervor. Das Mädels schaute die seltsamen Burschen lange an. Sie hatten dieses Spiel mit beobachtet, aber sie schwiegen. Die Kleine wurde ganz verlegen, da sagte Borstel lachend zu diesem Bubikopf: „Schau uns nur an, bist wohl erstaunt, daß unsere Augen so glänzen? Siehst du, die sind froh, weil unsere Herzen lachen!“ Das Mädels war von diesen Worten, die so zart und weich klangen, die gar nicht zu den rauhen Männern paßten, überrascht. Sie sagte nichts, sie stieg aus. Wie sie auf der Straße stand und nachschaute, da rief Piet, der andere von den drei „Braunen“: „Lache nur immer, wir lachen auch — wenn wir auch manchmal traurig sind...“ Sie winkte — weiter nichts. Dann war sie verschwunden.

Der Dicke hatte das alles mit angehört. Als er ausstieg, lallte er vor sich hin: „Seltene Menschen...“ Ja, hatte er nicht recht? Sie sehen immer alle so hart aus, die Zimmerleute — und sind doch so herzlich; sie scheinen traurig und sind doch froh. Aber Zimmerleute, die das Land von Ost nach West, von Nord nach Süd durchqueren, fahren Straßenbahn? Das war doch seltsam, aber es hatte einen Grund, einen wirklichen Grund.

Vor Jahren hatten sie diese Stadt schon einmal besucht. Ein Zufall wollte es damals, daß ein gütiger Mann die hungerrigen Magen mit Speise und gutem Trank sättigte. Sie mußten aber damals versprechen, daß sie, wenn sie die Stadt wieder betreten, auf eiligstem Wege zu ihm kommen werden. Sie hatten es versprochen und hielten Wort. Auf schnellstem Wege... Ja, bis vor den Toren der Stadt waren sie gebummelt, aber als sie die Straßenbahn sahen, da dachten sie an ihr Versprechen: Auf schnellstem Wege...

Der Wagen hielt: Endstation! Erst Piet, dann Borstel, und zuletzt stieg der Weise aus. Weise darum, weil er beim „Schallern“ immer so „weise“ sprechen konnte. Nun standen sie am Rand der Straße und schauten nach dem Ziel. Wie Borstel im Buch blätterte und die Adresse suchte, trat ein Bote mit einem Brief und einem Paket zu den Dreien. Er richtete eine Bestellung aus, die Drei legten zusammen und gaben auch noch ein „Trinkgeld“. Der Bote war verdutzt, aber der Weise meinte ermutigend: „Nobel soll die Welt zugrunde gehen!“ Der Boy verschwand. Borstel hielt den Brief in der Hand. Die Spannung war groß. Woher der Brief, was soll das Paket? Aber sieh nur einer an! Borstel las laut und deutlich vor: „Dieses schickt euch das Mädels, das jetzt immer lachen wird. Frone Fahrt, braune Gesellen, laßt nur eure Augen tüchtig strahlen, wir Mädels freuen uns darüber!“ Dann folgte ein unleserlicher Name. „So eine Krabbe“, meinte Piet. „Das war doch die von der Straßenbahn“, erwiederte der Weise. „Ja, ja, was ist schon ein Wanderer ohne Glück?“ fragte sich Borstel und lächelte.

Als sie auf einer Bank saßen und das Paket öffneten, waren sie ganz andächtig. Ein Duft von frischen Früchten kroch durch das Papier und — richtig: Bananen, Äpfel, Feigen, eine Wurst und eine kleine Flasche Magenlikör. „Verdammt“, fluchte Piet, „wenn wir die jetzt hätten... die Kleine mit dem sanften Bubi-

kopf...“ Wie sie sich auf der Bank im Park stärkten, kam des Weges ein altes Mütterlein, das gebückt sich über den Weg schleppte. Wie Borstel die Alte mit ihren eingepägten Falten sah, griff er die Früchte mit dem Karton und gab sie ihr hin. Der Weise und Piet sagten nichts dazu; denn da ging ja eine Schwester, die doch nicht mehr viel vom Leben zu erwarten hat. Freundlich dankte die Alte, von ihren faltenreichen Backen rollte eine Träne. Sie ging weiter, derweil Piet, Borstel und der Weise die Wurst aufteilten und den Magenbittern dazu tranken. Gewiß eine angenehme Beschäftigung.

(Schluß folgt)

## Tapeten oder Wandtäfelung

Alle Menschen sind Sklaven ihrer Stimmung. (Die Gewaltmenschen, die selbst ihre eigene Stimmung tyrannisieren, bestätigen nur die Regell!) Stimmung ist kein willkürlich regulierbarer Zustand, sie kommt von außen, aus unserer Umgebung. Das sind nach Hemd und Hose unsere vier Wände! Das westfälische Sprichwort, mit dem mich meine Mutter zurechtshüttelte: „Du häst dat Hemd wull krus vörn Achten sitten“ ist so alt und wahr, wie die aus krausen Hemden und ungebügelt Hosen kommende verkniffene Stimmung.

Wenn wir in einem behaglichen Heim sitzen, ist uns wohlher als in einer kaltnüchternen ungemütlichen Kaschemme, sind wir schaffensfreudiger, erträglicher. Die Wände um uns müssen Stimmung ausstrahlen, wenn sie in uns selbst glühen soll. Aber vergilbte und verschossene Tapeten haben keine Strahlungsenergie mehr. Also was tun, wenn wir nicht über ein ungemütliches Heim dem Bummelleben verfallen wollen? Die Tapeten ausbessern? — Neu tapezieren lassen? — Oder gar Holztäfelung? — Ist das nicht das Vorrecht der Kommerzienräte? Befragen wir zunächst die höchste Instanz für Neuanschaffungen und Herstellungen, unsern Geldbeutel. Der sagt: „Nichts tun, es ist alles zu teuer“. Er hat recht. Jeder Hausbesitzer weiß, was die kleinste Arbeit kostet. Also läßt man's? Oder aber: „Die Axt im Hause erspart den Zimmermann“. Ja, wenn man mit der Axt tapezieren könnte! Aber doch! Das geht! Denn eine hölzerne Wandbekleidung herzustellen und anzubringen ist für einen, der nur etwas Talent zum Basteln hat, sehr leicht. Jedenfalls viel leichter als Tapezieren und Geige spielen. Wer es nicht glaubt, kann ja mal mit einer Zimmerecke zwischen zwei Türen den Versuch machen. Zu solcher Wandbekleidung nimmt man Sperrholzplatten, die in den verschiedensten Größen, Formaten und Holzarten billig zu kaufen sind. Das Format wählt man nach der zu bekleidenden Wandfläche, damit nicht zuviel Verlust durch Verschnitt entsteht. Mit einer kleinen fuchsschwanzartigen Säge kann man die Platten leicht zuschneiden. Vor dem Aufbringen benagelt man die Wand mit senkrechten Pappstreifen von zirka 5 cm Breite und 3 bis 4 mm Stärke. Alle 30 bis 50 cm ein Pappstreifen, so daß die Sperrholzplatte nicht direkt auf der Wand aufliegt und etwa bei feuchten Wänden stockig wird. Die Fugen der Platten und die Nagelreihen verdeckt man nach dem Aufnageln mit Tapetenleisten, die man auch in jeder Holzart und Ausführung, poliert oder roh, billig kaufen kann. Sind die Sperrholzplatten breit, so teilt man sie mit diesen Tapetenleisten in schmalere Felder ein, ganz nach Geschmack und Belieben. Das Annageln der Leisten macht man entweder mit dünnen kopflosen Drahtstiften oder (nach Vorbohren!) mit Kupfer- oder Messingnägeln, deren Kopf man ruhig sehen darf. Auch das ist dem eigenen Geschmack überlassen. Nun beizt man die Platten, indem man sich zunächst in einer Drogerie die Beize aussucht nach einer Farbenskala,

die Dutzende von Tönen enthält. Die genaue Gebrauchsanweisung gibt der Drogist. Das gilt auch für die Nachbehandlung mit Bohnerwachs. Die Wandfläche wird nämlich genau gebohrt wie Parkett oder Linoleum. Dann erstrahlt sie im schönsten seidigen Mattglanz und bildet geradezu einen Akkumulator für Stimmungsstrahlen. Die dadurch geschaffene Stimmung wird noch wesentlich erhöht durch das tröstliche Bewußtsein, daß man nun jahrzehntelang Ruhe hat vor Anstreichen, Tapezieren und sonstigen Sabotageakten des häuslichen Friedens.

Was das ganze kostet? — Sperrholzplatten bekommt man in 5 mm Stärke schon von 2 M pro Quadratmeter an. Der Preis richtet sich nach der Art des Holzes, aber gerade unsere deutschen Holzarten eignen sich für eine derartige Wandbekleidung weit besser, als die teuren Auslandshölzer. Gerade die lebhafteste Maserung zum Beispiel einer Kiefer gibt bei richtiger Tönung die wunderbarsten Möglichkeiten.

Und wenn du nun eine solche Verschönerung des Heims mit eigener Kraft fertiggebracht hast, dann halten Dich diese eigenen Wände mit magnetischer Kraft zu Hause fest und du sparst bald die ganze Neuanschaffung durch nicht-ausgegebene Biergroschen wieder ein! Das alles macht das Holz!

L. A. G e m a n n.

## Schanghai

Die Zeiten sind längst vorbei, in denen der wiegende Tango des Schanghaieliedes der glückliche Ausdruck war für das stolze Herrenleben im Europäerviertel dieser kontrastreichen und lärmgefüllten Stadt. In keiner Stadt des chinesischen Reiches hatten sich die von Gottes Gnade zu Herrschern der Welt ausersehenen Weißen so breit gemacht wie in Schanghai. Die Eingeborenen durften sich glücklich schätzen, die großen Hotels und Casinos, die Lichtspieltheater und die Wohnpaläste der Europäer und Amerikaner als Diener zu betreten, und eine Armee von Polizisten und Besatzungstruppen und Zeitfreiwilligen trug dazu bei, das Gefühl der Sicherheit und der Machtstellung über die europäische Kolonie auszubreiten. Es ist den Europäern gelungen, die herrschenden Schichten in China als Verbündete zu gewinnen, und chinesische Generale, Gelehrte und Industrielle und Handelsleute beteiligen sich an der Ausbeutung der proletarischen chinesischen Bevölkerung. Trotzdem wurden die Weißen das Gefühl nicht los, auf einem vulkanischen Gelände zu wohnen, und eines Tages rollte dann auch der unterirdische Donner, das Vorzeichen der Katastrophe, bis unter die Fundamente der Europäerstadt.

Der Roman „Schanghai“ von Ssergei Alymow, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff, jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, in Leinen gebunden und zum Preise von 2,70 M erschienen, führt mitten hinein in diese erste Erschütterung, und wir erleben den ersten großen Zusammenprall zwischen China und der weißen Zivilisation. Der Autor versteht es meisterhaft, das alte China mit seiner verfeinerten Kultur und seinem grauenhaften Elend in den unteren Schichten darzustellen und dann zu zeigen, wie die Söhne und Töchter aus reichen und alten chinesischen Familien von der Kultur amerikanischer und europäischer Länder erfaßt werden, wie sie die Gewohnheiten ihrer Ahnen ablegen und wie sie sich bemühen, ihren weißen Klassengenossen mindestens ebenbürtig zu sein — im Genuß der Vergnügungen und in der Ausbeutung der eigenen Rasse. Alymow zeigt aber auch, wie chinesische Studenten, die sich ebenfalls von der Tradition ihres Landes abgewandt und von Europa gelernt haben, zu

Agitatoren und zu Fahnenträgern der Revolution werden. Je länger die soziale Umwälzung in China dauert, je mehr industrielle Unternehmungen den Geist der modernen Zeit in das alte China hineintragen, um so deutlicher erkennt auch das chinesische Volk, daß es sich nicht allein darum handelt, das fremde Kapital niederzuschlagen, sondern daß der Kampf nicht minder scharf geführt werden muß gegen die Ausbeutung überhaupt, also auch gegen die Unternehmer chinesischen Blutes.

So scharf, wie die Kontraste in dieser Stadt beieinander wohnen, so scharf zeichnet Alymow schwarz und weiß. Sein Roman hat ein ungeheures Tempo, und er ist erfüllt von einer Gluthitze, die den Leser erfaßt und die seine Spannung oft bis an die Grenze des Erträglichen steigert. Es ist, als ob eine neue und bessere Fassung des seinerzeit auch in einigen deutschen Städten gelaufenen Films „Das Dokument von Schanghai“ herunterrollt. In das Schicksal einiger Personen, weißer und farbiger, ist das Schicksal ganzer Nationen hineingepreßt. Am Schluß erhebt sich ein geheimnisvolles und finsternes Antlitz „zwischen den Zeilen“; die Drohung des aufgerüttelten Asiens, das gewaltige Vorzeichen eines Taifuns, der die größte soziale Umwälzung der Geschichte bringen wird.

## Der prinzliche Arbeiterführer

Wie der „Stolper Generalanzeiger“ in seiner Ausgabe vom 14. April 1932 mitteilt, hat der sattsam bekannte Prinz August Wilhelm in einer Nazi-Versammlung unter anderm erklärt:

„Gewisse Kreise hätten ihr Eintreten für Hindenburg mit dem monarchischen Gedanken begründet. Monarchisch wäre dieses Verhalten nicht gewesen, denn er, der Prinz, kämpfte in der nationalsozialistischen Bewegung durchaus im Einverständnis mit seinem Vater, wie sich auch der Kronprinz ausgesprochen hat. Glaubt ja nicht, daß ich bei meiner Erziehung und meiner Tradition in so vielen Versammlungen reden würde, wenn es sich nur um eine Parteiangelegenheit handelte.“

Der Prinz hat recht: Es handelt sich bei den Nazis nicht nur um eine Partei, sondern um die Profit- und Abfindungsinteressen aller fürstlichen und nichtfürstlichen Kapitalisten.

## Ferienreisen 1932 mit den Naturfreunden

Wer noch das Glück hat, nach langen, arbeitsreichen Monaten einige Tage oder Wochen Urlaub zu haben, wird sehr süchtig ausschauen, wie er diese Tage der Loslösung von dem körperlich verwüstenden Arbeitsprozeß am vorzüglichsten verbringen kann, zumal, wenn ihm keine wohlgefüllte Geldtasche zur Verfügung steht. Den Urlaubs- und Ferienwünschen der werktätigen Massen trägt in jeder Beziehung der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Rechnung. Die reichen Erfahrungen im Bereiche des Wanderns und Reisens und des Ferienaufenthaltes und die Einrichtungen der Organisation ermöglichen es ganz besonders, den verschiedensten Ansprüchen gerecht zu werden.

Ein Blick in die soeben erschienene Broschüre „Ferienreisen mit den Naturfreunden 1932“ zeigt die Vielseitigkeit der geplanten Ferienfahrten, die in die Gebirgswelt, an die See, in die deutschen Mittelgebirge und im Fallboot auf die deutschen Ströme führen.

Die Broschüre ist zu haben bei allen Naturfreunde-Reisebüros und Wanderausgangsstellen sowie bei allen Ortsgruppen. Gegen Einsendung von 15 ₤ an das Zentralreisebüro der Naturfreunde, Nürnberg-W, Sünderbühlstraße 5, erfolgt Zusendung per Post.



**Braunschweig.** Am 24. April fand unsere erste Zahlstellendelegiertenversammlung statt. Kamerad Kühn eröffnete dieselbe mit einem kurzen Rückblick, daß auch in diesem Hause 1868 der erste deutsche Zimmererkongreß tagte. Gauleiter Kamerad Naserke hielt einen Vortrag über die Ursachen der Krise im Baugewerbe. Fast 90 % unserer Mitglieder sind erwerbslos, ungeheuer lastet dieses auf unsere Kameraden und auch auf die Organisation. Die große Erwerbslosigkeit ist nicht nur in Deutschland, sondern durch die ganze Welt ziehen die wirtschaftlichen Spannungen, unter denen allerorts die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Er schilderte dann die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die der Weltmarkt, um lebensfähig zu sein, braucht. Trotz Not und Elend versucht in Deutschland eine besondere Kaste, zusammengewürfelt von Prinzen bis hinab zu den elendesten Kreaturen, mit der Kriegsflagge zu spielen und die Völkerverständigung zu stören. Dieser Zustand erschwert besonders den Geldkredit Deutschlands, den es nötig bedarf. Das Baugewerbe leidet im besonderen darunter. Sehr stark wird von den Faschisten die Arbeitsdienstpflicht propagiert. Durch die Arbeitsdienstpflicht wird der Lohn der Arbeitnehmerschaft stark gefährdet und dessen Verträge durchbrochen. Unter all diesen Gesichtspunkten ist zu verstehen, welcher harter Kampf der Arbeiterschaft auferlegt worden ist. Schon rütteln erneut die Unternehmer gegen den bestehenden Lohn. Alle unsere Kraft muß angespannt werden, um Arbeit zu erlangen, die den Bauprodukt belebt. Nach Entgegennahme des Vortrages wurde den Delegierten der Geschäftsbericht des Vorstandes unterbreitet. Hieraus war besonders zu entnehmen, daß die Zimmerer unserer Zahlstelle zu 97 % schon seit Anfang Dezember erwerbslos sind, bei den Lehrlingen könne man von 50 % sprechen. Dieses wirkte sich auch auf die Zahlstellengeschäfte aus. Ein Antrag des Vorstandes, einen wöchentlichen Verwaltungsbeitrag von 10 § für jedes außer Arbeit stehende Mitglied von der 18. Beitragswoche an einzuführen, wurde angenommen. Somit ist jeder Kamerad verpflichtet, diesen Beitrag zu entrichten; Freimarken werden nicht mehr ausgegeben. Die Maifeierfrage hat sich dahin geändert, indem der Minister Klagges für den Freistaat Braunschweig sämtliche Maiumzüge der Arbeiterschaft verboten hat. Diese faschistische Maßnahme wurde scharf kritisiert.

**Hannover.** Am 17. April fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Dem Kassierer, der den Kassenbericht vom ersten Quartal erstattete, wurde Entlastung erteilt. Im Anschluß an den Bericht des Kassierers referierte Kamerad Sauer, Hamburg, über das Thema „Arbeitsbeschaffung und Gewerkschaften“. Der Referent gab einen Überblick über die wirtschaftspolitische Situation und zeigte an Hand der Erwerbslosenziffern die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den einzelnen Staaten. Der Kapitalismus habe Schiffbruch erlitten. Im Grunde genommen sei der Kapitalismus unfähig, die Krise zu beseitigen. Der Staat müsse helfend eingreifen, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterklasse zu mildern und zu beseitigen. Schon des öfteren wurden von den Gewerkschaften Vorschläge hinsichtlich der Krisenüberwindung gemacht. Jedoch habe die Regierung die Verwirklichung der Gewerkschaftsvorschläge hinausgezögert oder gar abgelehnt. In ausführlicher Weise berichtete der Redner über den Krisenkongreß der Gewerkschaften und seine Beschlüsse. Die wichtigsten innerpolitischen Aufgaben der Regierung müssen es sein, Mittel und Wege zu finden, um das Heer der Erwerbslosen zu dezimieren. Die Gewerkschaften haben gerade auf dem Krisenkongreß sehr präzise und realisierbare Vorschläge der Regierung und der breiten Öffentlichkeit unterbreitet. Unter allen Umständen muß die Bauwirtschaft gefördert werden. Weiter habe der Gewerkschaftskongreß die Lohnsenkungspolitik der Reichsregierung einer scharfen Kritik unterzogen. Dringend notwendig sei eine Senkung der überhöhten Hypothekenkosten. Auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung habe in

dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften eine bedeutende Rolle gespielt. Ohne die Verkürzung der Arbeitszeit sei die Krise nicht zu überwinden. Der Kapitalismus habe versagt. Er setze jetzt seine letzte Reserve, den Faschismus, ein, um seine Existenz zu sichern. Es sei Pflicht aller Verbandskameraden, für die Idee der Gewerkschaftsbewegung und den Sozialismus zu kämpfen. Der Gauleiter, Kamerad Naserke, berichtete über den Stand der Lohnbewegung. Durch die Arbeitslosigkeit gestärkt, setzen die Arbeitgeber alles daran, den Lohn zu drücken. Die stattgefundenen Verhandlungen seien zunächst gescheitert. Bis zum 1. Mai müsse alles erledigt sein. Unter keinen Umständen, so schloß der Gauleiter, dürfe unter Tarif gearbeitet werden. Ueber den Antrag des Vorstandes, wie in andern Zahlstellen, so auch hier in Anbetracht des Lokalkassenbestandes die Freimarke mit 10 § zu belasten, wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde die Maifeier und die Wahl besprochen. Die Kameraden wurden aufgefordert, alles daran zu setzen, um den Faschismus zu schlagen.

**Obernigk.** Unsere am 17. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wies einen erfreulichen starken Besuch, besonders der jüngeren Kameraden, auf. Gauleiter Kamerad Schmidt dankte eingangs den 2 Jubilaren mit zu Herzen gehenden Worten für ihre Treue und Hingebung zum Verband, und überreichte beiden je ein vom Zentralvorstand gestiftetes Diplom. Der Kassenbericht zeigte eine starke Beanspruchung der Lokalkasse durch die gezahlte Lokalunterstützung im Winter. Einen interessanten Vortrag hielt der Gauleiter über den Kampf der Unternehmer gegen den Tarifvertrag sowie über die Bedeutung der politischen Wahlen für den Verband. Die Kameraden erkannten recht deutlich, daß wir nicht nur weiter zusammenhalten müssen, sondern die uns noch Fernstehenden dem Verbandsführer haben, um den Plan der Unternehmer zum Scheitern zu bringen. Scharf, aber sachlich, wurde kritisiert, daß Kameraden, die in Arbeit stehen, berufliche Nebenarbeit verrichten, ein Verhalten, das verbandsschädigend und unkollegial ist. Um unsern Kassenbestand für weitere Hilfe in der Notzeit zu erhalten, wurde beschlossen, für jede Freimarke vom 1. Mai an 5 § zu erheben. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

## Baugewerbliches

### Rückgang der Bauaufträge

In dem Rückgang der Lohnsummen bei den einzelnen Berufsgenossenschaften spiegelt sich die Krise der Wirtschaft mit aller Deutlichkeit wider.

Die Drosselung öffentlicher Bauaufträge hatte einen Rückgang der Lohnsummen bei der Tiefbauberufsgenossenschaft von

1927	auf	424,3	Millionen	Mark
1928	„	483,6	„	„
1929	„	508,8	„	„
1930	„	330,1	„	„
1931	„	201,6	„	„

zur Folge. Die Lohnsumme der Tiefbauberufsgenossenschaft hatte beispielsweise im Jahre 1912 rund 266,7 Millionen Mark betragen. Nach Lage der Dinge wird das Jahr 1932 eine ähnlich niedrige Lohnsumme aufweisen wie das Vorjahr. Nur durch die Vergabe öffentlicher Aufträge kann der Bauwirtschaft geholfen werden. Millionen von Bauarbeitern verlangen von der Regierung, daß sie für Arbeitsmöglichkeiten sorgt!

### Gegen die Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen

Bei den Scharfmachern im Unternehmerlager waren die Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen schon immer außerordentlich unbeliebt. In Wort und Schrift führten diese Kreise einen erbitterten Kampf gegen die Bautenkontrollen durch Fachleute aus Arbeiter-

kreisen. Um den Schutz der besonders gefährdeten Bauarbeiter habe sich — so argumentiert man in den Kreisen der Scharfmacher — einzig und allein der Unternehmer zu kümmern. Wie die Unternehmer diese Aufgabe in den allermeisten Fällen aufgefaßt haben, ist den Bauarbeitern zur Genüge bekannt. Ohne die intensive Kontrolltätigkeit der Bauarbeiterschuttkommissionen, besonders aber der Baukontrolleure, wäre die an sich erschreckend hohe Zahl der Bauunfälle noch erheblich größer gewesen. Aber das kümmert die Scharfmacher nicht im geringsten. Nach wie vor setzen sie den Kampf gegen die Baukontrolleure fort. In dem Organ der Hakenkreuzunternehmer, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, vom 21. April finden wir an leitender Stelle folgende Notiz:

„Baukontrolleure!“

Uns wird geschrieben: Zu den Errungenschaften der Revolution gehören bekanntlich auch zahlreiche Posten und Pöstchen für die Gewerkschaften, teils beschlagnahmte, teils auf ihr Betreiben neu geschaffene. Durch ganz besondere Ueberflüssigkeit zeichnet sich der Posten des „Baukontrolleurs“ aus, der ebenfalls nach der Revolution von den Gewerkschaften „kreiert“ wurde. Sein Inhaber soll für die Sicherheit der Bauarbeiter sorgen, indem er Neubauten, Gerüste und Geräte überwacht. Da dies nun bereits pflichtgemäß vom Unternehmer selbst, daneben aber noch durch die Berufsgenossenschaft geschieht, die ihre Kontrolleure herumschickt, und drittens durch die Baupolizei, die von Gesetzes wegen die Neubauten überwachen muß, so fand sich für den Herrn Baukontrolleur der Gewerkschaften schlechterdings niemals etwas Notwendiges zu tun; bestenfalls gab es also eine harmlose, im allgemeinen aber doch nur eine störende, hemmende und die Arbeiten verteuernde Schnüffelei; war es doch von Anfang an selbstverständlich, daß diese Leute nicht etwa mit der Behörde oder mit dem Unternehmer zusammenarbeiteten. Von einer Verringerung der Unfälle durch diese Tätigkeit der „Baukontrolleure“ etwa kann begreiflicherweise überhaupt nicht die Rede sein.

Die Gemeinden sind heute ausnahmslos notleidend. Sie seien hiermit bei ihrer Suche nach möglichen Abstrichen in ihren Etats auf die von ihnen gezahlten Gehälter der bestens entbehrlichen „Baukontrolleure“ hingewiesen. Ihre Streichung würde unmittelbare Ersparnisse zur Folge haben.

In dieser Zuschrift der „Bergwerks-Zeitung“ kommt der ganze Haß der Scharfmacher gegen alles, was für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter geschaffen wurde, zum Ausdruck. Wir halten es wirklich nicht für nötig, diese Niederträchtigkeiten zu kommentieren. Es ist die Gesinnung des „Dritten Reiches“, die aus den Zeilen der rechtsbolschewistischen „Bergwerks-Zeitung“ spricht.

### Arbeitsbeschaffung im Osten!

Wie jetzt bekannt wird, beabsichtigt die Reichsregierung, ungefähr 500 000 Hektar siedlungsfähiges Land in der Provinz Ostpreußen und Schlesien sowie in einzelnen Gebieten Pommerns zu besiedeln. Wie mitgeteilt wird, sollen ungefähr 35 000 Siedlerstellen neu errichtet und 23 000 bereits vorhandene Stellen erheblich vergrößert werden. Die Finanzierung des Siedlungsprogramms soll mit Hilfe einer Prämienleihe durchgeführt werden. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sollen für Siedlungszwecke neben der bereits im Etat eingesetzten Summe von 50 Millionen Mark aus dem Ertrage der Prämienleihe noch etwa 180 bis 200 Millionen Mark aufgewendet werden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Arbeiten so gefördert werden, daß die Bauarbeiter auch etwas dabei profitieren. Gerade in den erwähnten Gebieten des Ostens liegt die Bauwirtschaft vollkommen danieder, so daß es dringend notwendig erscheint, diesen Zweig der Wirtschaft zu beleben. Es ist zu begrüßen, daß die Regierung die erforderlichen Schritte bereits eingeleitet hat.

## Gewerkschaftliches

### Unterstützt die Eigenbetriebe

Das Frühjahr mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Radsportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschaftsunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk AG. in Berlin-Lichtenrade, zu erinnern.

Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über 600 Rädern. Weit über 200 000 Lindcar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder, haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62 M an bewegen, und vor allen Dingen billigste Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsausschüsse des ADGB und etliche tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lindcar-Fahrräder entgegen und übernehmen sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt.

Das Lindcar-Fahrrad ist das Rad des werktätigen Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Auf der Fahrt zum Schrebergarten leistet es, mit Gepäckträger am Vorder- oder Hinterrad versehen, wertvolle Dienste.

Die Kaufbedingungen für die Lindcar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Lindcar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten.

Wir wiederholen unsern schon oft ausgesprochenen Appell: Unterstützt die Eigenbetriebe! Kauft Fahrräder und Nähmaschinen vom Lindcar-Fahrradwerk AG.

### Die Generalversammlung der Arbeiterbank

In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der Arbeiterbank wurde die vorgelegte Bilanz einstimmig genehmigt. Bei der Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt; an Stelle der verstorbenen Genossen Bartels und Kube wurden Ernst Schulze und Siegmund Crummenerl neu in den Aufsichtsrat gewählt. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde der Kollege Leipzig und zu seinem Stellvertreter der Genosse Aufhäuser wiederbestellt.

## Sozialpolitisches

### Hilfe für die arbeitslose Jugend

In der am 21. April vom Landesarbeitsamt Rheinland herausgegebenen Mitteilung befindet sich folgender Satz: „Als Sondervorgang ist bemerkenswert, daß in diesem Jahre stärker noch als in den vorhergehenden Jahren Lehrlinge sofort nach Beendigung der Lehrzeit, sowohl aus industriellen und gewerblichen Betrieben als auch aus den Angestelltenberufen zur Entlassung gekommen sind.“ Durch diesen Satz wird die Lage gekennzeichnet, in die die Jugend von heute gekommen ist. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Geheimrat Dr. Syrup, hat kürzlich vor den Unternehmern das Arbeitslosenproblem der Jugendlichen erörtert. Nach seinen Angaben beträgt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren fast eine Million. Von den 6 Millionen Arbeitslosen ist also jeder sechste ein Jugendlicher. Die Massenarbeitslosigkeit werde immer mehr zu einer Gefahr für das Schicksal unserer Jugend. Dr. Syrup bat die Vertreter der Industrie, nach Möglichkeiten zu suchen, diese Jugendlichen zu beschäftigen. Eine Hilfe für die arbeitslose Jugend tut dringend not. Es sollten der Worte nun genug gewechselt sein und Taten alsbald folgen. In erster Linie wird es Aufgabe des Staates sein müssen, für diesen wichtigen Zweck größere Mittel bereitzustellen.



## Wirtschaftspolitisches

### Preisentwicklung und Krise

Die große Krise der Gegenwart wird am besten illustriert durch den Niedergang der Preise. Der Wiederaufstieg kann nur vor sich gehen, wenn es gelingt, das Absinken der Preise aufzuhalten. Man wartet auf diesen Augenblick schon lange. Der Preisdruck hat sich aber von Monat zu Monat verstärkt. Die Weltmarktpreise bewegen sich in einer ausgesprochenen Problematik. Eine einheitliche Richtung derselben wird durch die Autarkiebestrebungen der einzelnen Länder zerstört. Was die Entwicklung der Großhandelspreise seit dem Eintritt der Krise anbelangt, so sanken dieselben in den Großstaaten in folgender Weise (Oktober 1929 = 100): in Deutschland im März 1932 bis auf 73, in England auf 73, in Frankreich auf 69 und in den Vereinigten Staaten auf 66. Im Durchschnitt sind also die Großhandelspreise um 30 % gefallen. Die Lebenshaltungskosten sanken in der gleichen Zeit in Deutschland auf 80, in England auf 88, in Frankreich auf 92 und in USA. auf 68. Die Lebenshaltungskosten sanken im Durchschnitt um 18 %. Es dürfte nunmehr die Frage entstehen, ob dem Niedergang der Preise ein Einhalt geboten werden kann. Bei den verschlungenen Verhältnissen auf dem Weltmarkt und den Binnenmärkten kann diese Frage nicht klar beantwortet werden. Von der geldwirtschaftlichen Seite her wurde eine Preisbeeinflussung mannigfach versucht. Die weitere Verbilligung des Geldes kann, je länger je mehr, eine Wirkung auf die Preistendenz ausüben. Denn einmal muß ja das Fallen der Preise aufhören und eine Stabilisierung ihren Anfang nehmen. Die Gesundung wird verhindert durch die hohen Lagervorräte auf allen Gebieten. Der Fall der Preise hat sich in der letzten Zeit wesentlich verlangsamt, so daß Hoffnungen zu einer Umkehr berechtigt sind. Hält die Verflüssigung der Geldmärkte an, dann kann und muß in nicht ferner Zeit ein Umschwung einsetzen.

### Große Aufwendungen für langfristige Auslandsanleihen

Neben den kurzfristigen Auslandsanleihen hat Deutschland noch rund 8,5 Milliarden Goldmark langfristige Auslandsanleihen zu verzinsen und zu tilgen. Die jährlichen Aufwendungen hierfür betragen von 1932 bis 1945 zwischen 600 bis 800 Millionen Mark. 1932 entsteht eine Belastung von 819 Millionen Mark. Der Dienst für kurzfristige Auslandsanleihen hinzugenommen, ergibt eine Ausgabe von weit über 1 Milliarde Mark, die infolge der schlechten Devisenbilanz der deutschen Reichsbank und weiterhin als Belastung der deutschen Volkswirtschaft sich sehr drückend auswirkt.

### Besserungerscheinungen der Wirtschaft

In dem Bericht der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Handelskammern über die Wirtschaftslage im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk wird die Entwicklung einiger Industriezweige wesentlich günstiger beurteilt. Wir lesen dort: „Angesichts der Berichte über das erste Vierteljahr 1932 will es, bei aller Vorsicht in der Bewertung der in Frage kommenden Umstände, scheinen, als ob man hier und da wieder etwas festere Boden gewonnen hätte. Wenn auch die Gesamtlage, insbesondere gesehen unter dem Gesichtswinkel der handelspolitischen Verflechtung mit dem Auslande, durch weitere Absperrmaßnahmen in offener oder versteckter Form weiterhin verschärft wurde, und wenn auch die deutsche Devisenlage zu immer drastischeren Maßnahmen zwingt, so ist doch festzustellen, daß sich in verschiedenen Branchen die Preise zum Teil gefangen haben, in andern hinwiederum die Lager erschöpft sind, so daß von hier aus ein gewisser Auftrieb erwartet werden darf. Wohl gehören alle die Branchen, die nicht ganz am Boden liegen und bei denen sich das wirtschaftliche Leben hier schwächer, dort stärker einstellte, den

Verbrauchsgüterindustrien an. Und sicherlich ist auf das Konto der Saison ein großer Teil dieser belebenden Wirkung zu buchen. Trotzdem, es wurden auch außerhalb des engen Kreises der Saisongewerbe stehende Betriebe von einer kleinen Auftriebsbewegung erfaßt. Es seien hier als Beispiele angeführt die Textilindustrie, die Seifenindustrie, die Lederwarenindustrie, zum Teil die Schuhindustrie, die Oelmühlen und die Krautfabriken.“

Derartige Beobachtungen sind sehr erfreulich. Es läßt sich daraus natürlich nicht schließen, daß eine allgemeine Wirtschaftsbelebung im Anzuge ist.

### Der Reichsbankdiskont abermals gesenkt!

Mit Wirkung vom 28. April an senkt sich der Reichsbankdiskont von 5½ % auf 5 %. Damit ist die Diskonthöhe, die vor Ausbruch der Kreditkrise Mitte vorigen Jahres maßgebend war, wieder erreicht worden. Der Kredit der Reichsbank soll in erster Linie der Wiederbelebung der Wirtschaft dienen. Die Verflüssigung auf dem Geldmarkt sowie die Diskontpolitik der übrigen europäischen Notenbanken hat der Reichsbank ihren Schritt wesentlich erleichtert. Es ist zu hoffen, daß die günstigen Auswirkungen der Diskont-Herabsetzung im Rahmen der Wirtschaftskurbelung eintreten werden. Mit dem gleichen Tage, an dem der Zinssatz auf 5 % gesenkt wird, trat auch eine Ermäßigung der Lombardzinsen von 6½ % auf 6 % ein.

### Nur geringe Entlastung des Arbeitsmarktes

In der ersten Hälfte des Monats April ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 100 000 geringer geworden. Bis Mitte April hat eine Gesamtentlastung des Arbeitsmarktes um rund 200 000 stattgefunden. In früheren Jahren ist die Frühjahrsentlastung in den ersten Monaten wesentlich stärker erfolgt. Bei einem Stande von über 6 Millionen Arbeitslosen fällt eine solche Frühjahrsentlastung nicht ins Gewicht. Arbeitskräfte neu eingestellt haben nur die Außenberufe, während die von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit noch vermehrt haben. Entlassungen sind namentlich in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe erfolgt. Auch zahlreiche Angestellte kamen neu zur Entlassung. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe war nur die Zigarettenindustrie in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. In den übrigen Zweigen trat eher eine Verschlechterung ein. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sieht es also selbst im Frühjahr sehr trübe aus. Solche Verzweiflungswahlen wie am 24. April sind nur unter dem Druck einer solch hohen Arbeitslosigkeit möglich. Das Sechsmillionenheer der Arbeitslosen bedroht den Staat, die Kultur und die Arbeiterbewegung. Alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um diesem drohenden Uebel Einhalt zu gebieten.

## Arbeiterversicherung

### Abgabe von verbilligtem Fleisch an Erwerbslose

In den letzten Monaten wurden vom Reich Gelder zur Verfügung gestellt, um an Hilfsbedürftige Fleisch und Kohlen abgeben zu können. Wer zur Erlangung der Bezugschein hierfür berechtigt ist, haben wir schon im „Zimmerer“ Nummer 3 veröffentlicht; ebenfalls werden in den Arbeitsämtern die Bezugsbedingungen angeschlagen.

Die Abgabe verbilligter Kohlen soll bis auf weiteres eingestellt werden, dagegen wird die Fleischverbilligung für Erwerbslose nach Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten auch in den Monaten Mai und Juni fortgesetzt. Auf Grund einer zwischen dem Reichsernährungsminister und dem Reichsfinanzminister zustande gekommenen Vereinbarung werden nochmals 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Damit diese 4 Millionen Mark bis Ende Juni reichen, ist die bisherige Grundlage der Fleischverbilligung insofern verlassen

worden, als in Zukunft der Gutschein nicht mehr auf 30  $\text{§}$ , sondern nur noch auf 20  $\text{§}$  pro Pfund und Woche lautet. Für die Erwerbslosen ermäßigt sich demnach der Preis für das Pfund Fleisch in Zukunft um 20  $\text{§}$ . Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Fleischpreise seit Beginn der Fleischverbilligungsaktion ebenfalls gesunken sind.

Die Abschnitte, die neu zur Ausgabe gelangen, werden für jeweils zwei Wochen ausgegeben. Insgesamt umfaßt die das Fleisch für die Erwerbslosen um 20  $\text{§}$  verbilligende Maßnahme acht Wochen und wird sich bis in die letzte Juniwoche ausdehnen. Zum Herbst und Winter soll dann nach der Sommerpause die Frischfleischverbilligung erneut und mit stärkeren Mitteln wieder in Angriff genommen werden.

### Aufklärung über Lebensversicherungen

Der Abschluß einer Lebensversicherung ist Vertrauenssache. Vor dem Abschluß ist es immer ratsam, sich von Personen beraten zu lassen, die mit der Materie voll vertraut sind. Das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen Volksfürsorge nimmt es mit der Beratung der Interessenten besonders ernst und hat es ihren 20 000 Vertrauensleuten zur Pflicht gemacht, unverbindlich jedem die gewünschte Auskunft in objektiver Weise zu erteilen. Die Beratung erstreckt sich aber nicht nur auf Fragen über Wert und Bedeutung der Lebensversicherung, sondern die Vertrauensleute der Volksfürsorge beraten die Interessenten auf Grund ihrer reichen Erfahrungen auch darüber, welche Versicherungsart, Versicherungsdauer und Prämienhöhe ihrem Einkommen und ihren Bedürfnissen angepaßt sind. Wenn also jemand den Abschluß einer Lebensversicherung für sich und seine Familienangehörigen beabsichtigt, wende er sich an eine der nächsten Rechnungsstellen der Volksfürsorge oder an einen der Vertrauensleute. Die Adressen sind in jedem Konsumverein oder Gewerkschaftsbüro erhältlich.

### Die Sperrfrist in der Arbeitslosenversicherung

Nicht in allen Fällen wird bei Arbeitslosigkeit, besonders dann nicht, wenn der Arbeitslose seine Arbeitsstelle selbst aufgegeben hat, sofort nach Erfüllung der Wartezeit die Unterstützung gewährt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht in seinen Bestimmungen vor, daß in den Fällen, wo die Arbeit freiwillig aufgegeben wurde oder der Versicherte aus irgendeinem Grunde die Fortführung der Arbeit verweigert oder fristlos entlassen wird, er eine Sperrfrist durchzumachen hat. Weiter kann die Sperrfrist verhängt werden auf diejenigen, die sich ohne berechtigten Grund weigern, sich einer Berufsumschulung oder -fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihnen die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne daß ihnen dadurch Kosten erwachsen. Die gesetzlich zulässige Dauer der Sperrfrist beträgt 6 Wochen. Die Sperrfrist beginnt mit dem Tage, den der Arbeitsamtsvorsitzende oder wenn darüber ein Streitverfahren anhängig gemacht wird, der Spruchausschuß bezeichnet. Es darf kein früherer Tag angegeben werden, als der, an dem der Arbeitslose zur Verhängung der Sperrfrist Anlaß gegeben hat, und kein späterer Tag als der, an dem die Sperrfrist durch die schon angeführten Stellen verhängt wird. Läuft bei Beginn der Sperrfrist eine andere, so beginnt die neue mit dem Tage, wo die alte Sperrfrist abläuft. Die Sperrfrist selbst läuft nur an Tagen, für die der

Arbeitslose sonst Arbeitslosenunterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht am Arbeitsnachweis genügt. Der Spruchausschuß und auch die Spruchkammer, wenn das Verfahren wegen der Verhängung der Sperrfrist durch den Arbeitsamtsvorsitzenden bis zur letzteren Instanz noch möglich ist, können die Sperrfrist bis auf die Hälfte der vorgeschriebenen Dauer herabsetzen, wenn die Lage des Falles eine mildere Beurteilung rechtfertigt. Die Sperrfrist kann aber auch in schwereren Fällen, insbesondere im Wiederholungsfalle, bis auf die doppelte Dauer verlängert werden. Das sind kurz die gesetzlichen Bestimmungen, die im Arbeitslosenversicherungsgesetz über die Verhängung der Sperrfrist enthalten sind.

Zur Frage, ob bei Unterbrechung der Sperrfrist durch Annahme versicherungspflichtiger Arbeit die Sperrfrist als erledigt zu betrachten sei, wenn durch die Arbeit keine neue Anwartschaft in der Versicherung überhaupt erfüllt wird, darüber herrschte immer noch sehr viel Unklarheit. Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat in einer Entscheidung vom 22. Januar 1932 III a Ar. 334/31 in dieser Frage entschieden, daß ein Versicherter, der seine Arbeitsstelle aus einem Grunde, der zur Auferlegung einer Sperrfrist berechtigt, verliert und nimmt er, ohne sich arbeitslos zu melden, eine neue Arbeitsstelle an, so ist bei Verlust der neu angenommenen Arbeitsstelle eine Sperrfrist wegen des Verlustes der ersten Arbeitsstelle immer noch zu verhängen. Dazu führt der Spruchsenat noch aus, daß hierbei jedoch die versicherungspflichtige oder auch versicherungsfreie Beschäftigung auf die Sperrfrist mit der Maßgabe anzurechnen sei, daß drei Beschäftigungstage einem Sperrtage gleichstehen, wenn diese Beschäftigung mindestens zwei zusammenhängende Wochen gedauert hat. (Das letztere entspricht auch der gesetzlichen Vorschrift des § 93 b AVAVG.) Die Sperrfrist ist jedoch nicht durchzumachen in den Fällen, wo durch die Uebernahme einer neuen versicherungspflichtigen Beschäftigung eine neue Anwartschaft in der Versicherung erfüllt ist. Denn dann findet sinngemäß die Bestimmung des § 93 b Absatz 3 des AVAVG. Anwendung, wonach die Sperrfrist spätestens 6 Monate nach ihrem Beginn endet.

Ein sehr großer Prozentsatz der bei den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung anhängig gemachten Streitverfahren bezieht sich auf Streitfälle wegen der Verhängung der Sperrfrist. In vielen Fällen verhängt der Vorsitzende des Arbeitsamts die verhältnismäßig hohen Sperrfristen. Bei näherer Prüfung des Sachverhalts durch die Spruchbehörden stellt sich dann heraus, daß das Arbeitsverhältnis für den Kläger als unerträglich angesehen werden kann sowie bei fristlosen Entlassungen, wo auch sehr oft unbillige Härten vorkommen, und deshalb die Sperrfrist als zu hoch oder überhaupt als unbillig angesehen wird. Es muß gesagt werden, wenn durch die Beweisaufnahme vor den Spruchbehörden erwiesen werden kann, daß die Möglichkeit der Fortführung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses den Versicherten nicht zugemutet werden kann, so wird in allen Fällen die Sperrfrist verkürzt oder auch voll erlassen. Die Spruchbehörden in der Arbeitslosenversicherung sind deshalb geschaffen, um unbillige Härten, die sich bei Auslegung des einzelnen Falles durch den Arbeitsamtsvorsitzenden ergeben, zu beseitigen. Jedem Versicherten steht das Recht zu, sich der Spruchbehörden zu bedienen, wenn er ohne Würdigung des genauen Sachverhalts zur Ablegung einer Sperrfrist gezwungen werden sollte.

## Die Zahlstellenfunktionäre

müssen für die pünktliche Kolportage des Verbandsorgans Sorge tragen. Wöchentlich muß der „Zimmerer“ allen Kameraden zugestellt werden.



## Arbeitsrechtliches

### Rentenverfahren und Schadenersatzklage

Bei Eintreten eines Betriebsunfalles wird der Verletzte in erster Linie versuchen, sich an den Sozialversicherungszweigen schadlos zu halten, soweit das überhaupt möglich ist. Der Anspruch erstreckt sich vorwiegend auf kostenlose Behandlung durch den Arzt, auf Krankengeld oder auch Krankenhauspflege und auf Rente, wenn eine längere oder dauernde Behinderung des Verletzten durch den Unfall eintritt. Wenn die Krankheitsursache tatsächlich auf die Unfallfolgen zurückzuführen ist, so wird das Verfahren allgemein durch die Versicherungsbehörden bis zur endgültigen Festsetzung der Rente entschieden. Ist tatsächlich ein Betriebsunfall die Krankheitsursache, so besteht andererseits keine Schadenersatzhaftung des Arbeitgebers. Wird dagegen die Krankheitsursache nicht als Folge des Unfalles anerkannt, sondern dem Arbeitgeber kann nachgewiesen werden, daß er die nötige Sorgfalt außer acht ließ, um den Versicherten vor Krankheit, die er sich im Betriebe zugezogen hat, zu bewahren und ist daraus eine Schadenersatzforderung gegen ihn berechtigt, so entscheiden über letztere die ordentlichen Instanzen der Zivilgerichte. Nun taucht die Frage auf, kann das Verfahren in der Versicherung wegen Anerkennung des Rentenanspruches und zugleich am ordentlichen Gericht über Schadenersatzforderungen gegen den Arbeitgeber geklagt werden? Das Reichsarbeitsgericht entschied in einem Urteil vom 7. November 1931 (184/31) in einem Fall, wonach die Klage auf Schadenersatz gegen den Unternehmer ausgesetzt wurde, um erst das Versicherungsverfahren abzuschließen.

Das Reichsarbeitsgericht entschied, daß, wenn ein ordentliches Gericht über Ansprüche von Arbeitnehmern aus Betriebsunfällen zu entscheiden hat, gemäß § 902 Absatz 2 RVO, das Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Versicherungsbehörden aussetzen müsse. Hiervon darf es jedenfalls dann nicht absehen, wenn nach seiner eigenen Auffassung nicht völlig ausgeschlossen ist, daß ein Betriebsunfall vorliegt. In den Entscheidungsgründen hierzu wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen der RVO, das ordentliche Gericht sein Verfahren über den Schadenersatzanspruch so lange aussetzen muß, bis die Versicherungsbehörden entschieden haben, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht. Dem Urteil wurde die Frage zugrunde gelegt, ob und inwieweit überhaupt im Einzelfall neben dem öffentlich-rechtlichen Entschädigungsanspruch des Verletzten an den Versicherungsträger der Unfallversicherung noch ein privatrechtlicher Schadenersatzanspruch desselben gegen den Arbeitgeber begründet ist. Das Gericht hat zwar letzteres nicht abgelehnt, aber sich dahingehend ausgesprochen, daß, wie schon oben angegeben, verfahren werden muß. Diese Stellungnahme ist deshalb interessant, weil viele Unfallverletzte oder durch Zugluft usw. im Betrieb krank gewordene Versicherte glauben, neben dem Versicherungsverfahren auch zugleich, und zwar sofort, eine Schadenersatzforderung gegen den Unternehmer oder seinen Stellvertreter anbringen zu müssen. Das Reichsarbeitsgericht entschied, daß letzteres nur möglich ist, wenn das Versicherungsverfahren seinen Abschluß gefunden hat.

## Politische Wochenschau

Die Arbeiten der nächsten Reichstags-sitzung — Die nächsten Aufgaben des Reichskabinetts — Gewaltige Maidemonstrationen — Kein Verbot des Reichsbanners — Aus der Parlamentsarbeit der Nazis — Der Preußische Landtag tritt am 24. Mai zusammen.

In seiner letzten Sitzung beschloß der Aeltestenrat des Reichstages, den Reichstag zum 9. Mai einzuberufen. Ein von den

Oppositionsparteien gestellter Antrag, den Zusammentritt auf den 2. Mai zu verlegen, wurde abgelehnt. Weiter wurde auch die vorläufige Tagesordnung, soweit sie überhaupt vorerst festzulegen war, bestimmt. Danach wird sich der Reichstag mit einem Entwurf über ein Schuldentilgungsgesetz zu beschäftigen haben, wobei Reichsfinanzminister Dietrich eine Schilderung der allgemeinen Finanzlage des Reiches, die zugleich der Finanzberatung des Reichsetats dienen soll, geben wird. Die Aussprache hierüber wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Weiter wird die erste Lesung des Reichsetats für 1932 vorgenommen werden. Von den eingebrachten Anträgen, die der Reichstag zu behandeln hat, ist hervorzuheben der Antrag der Nationalsozialisten, wonach die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA. und SS. vom Reichstag beschlossen werden soll. Weiter haben die Nazis einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag beschließen soll, den Reichspräsidenten zu ersuchen, gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag aufzulösen. Weiter teilte Reichstagspräsident Lobe im Aeltestenrat mit, daß sich auch der Reichstag mit 220 Gesuchen auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten zu beschäftigen hat. Auch wird der Reichstag über sich eine außenpolitische Debatte ergehen lassen müssen. Es ist also eine Reihe von wichtigen Fragen, die in der nächsten Sitzungsperiode zu beraten sind und worüber Beschlüsse gefaßt werden müssen.

Reichskanzler Dr. Brüning ist aus Genf, wo er längere Zeit weilte, um an den Besprechungen der Staatsmänner der europäischen Großmächte teilzunehmen, wieder zurückgekehrt. Gegenstand der Besprechungen in Genf waren besonders die Abrüstungsfrage, Behebung der Wirtschaftskrise sowie die Erledigung der Vorarbeiten für die bevorstehende Reparationskonferenz. Das Reichskabinet hat sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers die Beratungen aufgenommen, die in erster Linie zur Verabschiedung des Reichsetats durch die Reichsregierung führten. Weiter soll im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen ein umfassendes Arbeitsprogramm stehen. Für die Arbeitsbeschaffung sollen 1,2 Milliarden Mark bereitgestellt werden, um die schon vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Projekte der Siedlung, des Straßenbaues und der Hausreparaturen endlich in Angriff nehmen zu können. Zur Beschaffung der Mittel ist eine Prämienanleihe geplant, die ähnlich wie die Reichsbahn-anleihe mit besonderen Vorzügen für die Geldgeber ausgestattet werden soll. Die letzten Tage der Woche sollen zur Vorbereitung der Pläne, die die Reichsregierung dem Reichstag unterbreiten will, verwandt werden.

Die diesjährigen Maifeiern hatten in allen Orten des In- und Auslandes gewaltige Beteiligung aufzuweisen. Eine Reihe von Großstädten und auch kleinere Orte berichteten von Beteiligungen, weil sie sie noch nie aufweisen konnten. Zu namhaften Zwischenfällen oder Störungen von seiten der Gegner ist es nirgend gekommen. Durch diese gewaltigen Maidemonstrationen und -kundgebungen hat die Arbeiterschaft der ganzen Welt bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, der Reaktion und ihren Helfershelfern bedingungslos ihre Rechte zu opfern.

Nach Auflösung der militärischen Formationen der Nationalsozialisten versuchte die gesamte reaktionäre Gesellschaft, dem Reichsinnenminister Groener Material zu überbringen, um die Auflösung des Reichsbanners ebenfalls zu erreichen. Das Material bestand lediglich aus Zeitungsausschnitten und Bildern aus der „Reichsbanner-Zeitung“, das aber nach Durchsicht durch das Reichsinnenministerium nicht im entferntesten ausreichend ist, um ein Verbot damit zu begründen. Groener teilte dem Reichspräsidenten zugleich im Namen des Reichskanzlers mit, daß das „Material“ gegen das Reichs-

banner zu Maßnahmen gegen diese Organisation keinerlei Veranlassung bietet. Der Lügenfeldzug der Reaktion gegen das Reichsbanner ist damit kläglich zusammengebrochen.

Nach dem bekannten Satz „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“ handeln auch die Nationalsozialisten gegenüber ihrer Parlamentsarbeit. Die Reichstagsfraktion der Nazis hat beschlossen, ab 9. Mai sich wieder an allen Arbeiten des Reichstages sowie der Ausschüsse zu beteiligen. Sie werden also von großkapitalistischer Seite und von den ostelbischen Junkern Anweisungen erhalten haben, doch wenigstens an den Arbeiten sich zu beteiligen, um auf diese Art und Weise dem Großkapital und dem Großgrundbesitz gute Dienste zu leisten. Anders ist es im Thüringischen Landtag. Dort erklärten die Nazis, in den Parlamentsstreik einzutreten. Anlaß dazu gab, daß der Thüringische Landtag einem Antrag der Nazis, die Auflösung des Landtages als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, nicht entsprochen habe. Ihr Antrag wurde nicht einmal behandelt. Daraufhin verließen sie geschlossen die Sitzung. Durch ihre Presse verbreiten sie die Mitteilung, bis auf weiteres den Parlamentsarbeiten in Thüringen fern zu bleiben. So sieht die parlamentarische Interessenvertretung der Nationalsozialisten gegenüber ihren Wählermassen aus.

Durch den Ausgang der Preußenwahl, die ein starkes Anwachsen der Nationalsozialisten zur Folge hatte, hat das Preußische Staatsministerium beschlossen, am 24. Mai, dem Tage des Zusammentritts des neuen Preußischen Landtages, zurückzutreten. Bis zur Neuwahl eines Ministeriums und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung wird die Regierung Braun-Severing auf Grund des Artikels 49 der Verfassung die Geschäfte weiterführen. Bis zur Stunde ist es noch zu keinem positiven Ergebnis der Parteiverhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen gekommen. Die durch die Tageszeitungen angedeuteten Besprechungen zwischen Nazis und Zentrum haben nach Aeußerungen der Fraktionsführer beider Parteien noch nicht stattgefunden. Durch die veränderte Lage wird es überhaupt sehr schwer sein, eine arbeitsfähige Regierung für Preußen zustande zu bringen.

## Briefkasten der Redaktion

Alter Kamerad O. V. Als Nachzahlung von rückständigen Invalidenversicherungsbeiträgen sind Beitragsmarken nur in der Höhe zu entrichten und zu kleben, wie sie bei normaler Entrichtung notwendig gewesen wären. Ein Kleben höherer Marken, die zwar ebenfalls die gesamte Summe betragen würden, ist unzulässig.

Kottbus, G. V. Eine Zuwendung, durch die jemand aus seinem Vermögen einen andern bereichert und sie unentgeltlich erfolgt, wird als Schenkung bezeichnet. Da aber in Deinem Falle der Schenker

des Fahrrades den am Rad vorhandenen Schaden arglistig verschwiegen hat und Dir dadurch ein Unglück zustieß, ist er für den Dir daraus entstandenen Schaden verantwortlich. Die Schadenersatzklage ist beim zuständigen Amtsgericht einzureichen.

## Literarisches

**Achtung, Kommunalpolitiker!** Jeder, der sich für kommunalpolitische Fragen interessiert, muß die „Gemeinde“ lesen. Alle Fragen der Kommunalpolitik werden in dieser Zeitschrift behandelt. Die „Gemeinde“ erscheint alle 14 Tage und ist in jeder Volksbuchhandlung, bei jeder Postanstalt oder direkt vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, zum Preis von 50 Pf. zu beziehen.

**Gesellschaftsreisen** führt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in diesem Jahre nicht durch, wie er in seinen „Reiseblättern“ 3/4 und in Rundschreiben mitteilt. Die Kulturabteilung des ADGB. in Leipzig veranstaltet auch im Jahre 1932 Reisen nach dem In- und Ausland und ist gern bereit, den bisherigen Teilnehmern der Reisen des Reichsausschusses die günstigsten Bedingungen einzuräumen, schon aus den Gründen der bisherigen freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Körperschaften. Frühere Reisetilnehmer und neue Interessenten können Drucksachen abfordern von der Kulturabteilung des ADGB., Ortsausschuß, Leipzig C. 1, Zeitzer Straße 32.

**Nach der Nacht der langen Messer, Blicke ins Dritte Reich.** Verlag: Fr. Heine, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 32 Seiten mit Umschlag. 1932. Preis 10 Pf. Die Boxheimer Dokumente der Nazi sowie einige bisher unbekanntes Schriftstücke werden im Original wiedergegeben. Der Beweis der nationalsozialistischen Korruption und ihrer Mordandrohungen wird erbracht.

## Anzeigen

### Sterbetafel

- Berlin.** Am 25. April starb unser Kamerad **Gottfried Lorenz** im Alter von 68 Jahren an Lungentuberkulose.
- Chemnitz.** Am 11. April starb unser Kamerad **Johannes Schnabel** im Alter von 48 Jahren an Rippenfellentzündung.
- Crossen a. d. Oder.** Am 24. Dezember 1931 starb unser Kamerad **Otto Lehmann** im Alter von 53 Jahren.
- Dresden.** Am 20. April starb unser Kamerad **August Johné** im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche. — Am 22. April starb unser Kamerad **Ernst Schwebe** im Alter von 63 Jahren an Blasenleiden.
- Hamburg.** Am 28. April starb unser Kamerad **Gustav Fietkau** im Alter von 83 Jahren an Altersschwäche.
- Kiel.** Am 24. April starb unser Kamerad **Paul Cantow** im Alter von 18 Jahren.
- Landeck i. Schl.** Am 24. April starb unser Kamerad **Adolf Reinelt** im Alter von 48 Jahren an Blasenleiden.
- München.** Am 24. April starb unser Kamerad **Engelbert Oberhofer** im Alter von 65 Jahren an Lungenkrebs.
- Prenzlau.** Am 26. April starb unser Kamerad **August Lehnhard** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche.
- Rathenow.** Am 30. März starb unser Kamerad **Otto Wolgast** im Alter von 76 Jahren.
- Zittan.** Am 18. April starb unser Kamerad **Wilhelm Seifert** im Alter von 70 Jahren an Darmkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

### Kampf-, Handwerks- und Wanderlieder

Herausgegeben  
von unserm  
Zentralverband

**Preis 50 Pfennig**

Bestellungen  
durch den Verlag:  
**Hamburg 1 (F)  
Besenbinderhof 57 IV.**



**PREISABBAU!**  
Hygienische Artikel  
Liste 14, frei und diskret  
durch VOGELSONG  
Berlin/Bernburger Str. 14

**Kauft (F)**  
die vom Verband  
herausgegebene  
**Fachliteratur!**

---

### Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot,  
Werkzeuge und Teakholz-Wasserwagen,  
Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.**  
Mechanische Kleiderfabrik.

**Welt-Versandhaus  
Fritz Ulrich**  
Altona/Elbe 12, Gustavstraße 59/60

### Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.  
Blatt Ia gediegene Rotbuche, Garantie.

**Werkzeuge**  
Abbildung und Preisliste gratis.  
**Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.**



**Kauft Kluft und Kelle  
von Arthur Capelle**  
Spezialfabr. f. Bauhandw.-Ausrüstung  
Berlin N. 54, Alte Schänhauserstraße 54  
Preislist. gratis. - 2. Gesch. - Dircksenstr. 2